

# GRAPHISCHE PRESSE

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.**

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

**Redaktion:** Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktorienstraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telephone: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Scheideitz, Auguststraße 8. — Redaktionsschluss: Montag.

**Insertion.** Für die viergespaltene Peitzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft.

## Inhalt.

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Parteitagsschlüsse. Rundschau. Wirtschaftliche Monatsschau. Die Koalitionsfreiheit in Deutschland und die politischen Parteien. V. Wissen ist Macht. — **Allgemeines:** Der Funktionär. **Der Lithograph:** Lohnrückerei in Schutzverbandsbetrieben. — **Der Steindruck:** Konflikte. Brief aus Thüringen. — **Die photomech. Fächer:** Unser Auskunftssystem. Aus den Sektionen: Berlin (Lichtdr.), Hamburg (Chem.), Mannheim (Chem.). — **Die Tapetenbranche:** Die Formstecherhilfen zum neuen Tarif. Aus den Sektionen. — **Feuilleton:** Vom Büchertisch. — **Anzeigen** (mit Totenliste).

## Bekanntmachungen.

### Zur Beachtung!

**Belgien.** Die Firma *M. Mauguoy & Fils* in Antwerpen sucht Arbeitskräfte. Wir machen darauf aufmerksam, daß diese Firma einem deutschen Kollegen Muster abverlangte, die sie ihm trotz wiederholten Verlangens nicht zurückgab. Daher warnen wir davor, Arbeitsmuster an diese Firma einzusenden.

**Brasilien.** Die Firma *Lafayette und Lithographia Allema in Pernambuco* sucht Arbeitskräfte. Wir warnen, auf diese Angebote einzugehen. Durch ungerechtfertigte Maßnahmen der Firma wurden erst kürzlich 3 Kollegen arbeitslos, von denen einer erst 3 Monate, ein anderer bereits 8 Jahre in der Firma beschäftigt war.

### An die Ortsvorstände

sandten wir neben anderem Material auch die Karten für die Feststellungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit. Wir bitten die noch außenstehenden Karten sofort an uns zurückzusenden. Alle Mitgliedschaften, von denen wir die Karten bis zum 13. Oktober nicht in Händen haben, werden in der »Gr. Pr.« bekannt gegeben.

Der Hauptvorstand.

## Parteitagsschlüsse.

### Resolution zur Lebensmittelteuerung.

Der Parteitag konstatiert, daß der Kapitalismus in der stürmischen Entwicklung der beiden letzten Jahrzehnte zu einer ungeheuren Reichtumsvermehrung der Besitzenden geführt habe, während die arbeitenden Klassen durch die zunehmende Verteuerung ihrer wichtigsten Bedarfsgegenstände an der Erhöhung ihrer Lebenshaltung gehindert worden und in Gefahr geraten sind, der Kampferrungenschaften ihrer gewerkschaftlichen Organisationen beraubt zu werden. Der Parteitag sieht in diesem Gegensatz der Bereicherung der wenigen Kapitalmagnaten und der zunehmenden Massenverarmung den stärksten Beweis für die Unvereinbarkeit der kapitalistischen Produktionsweise mit den Interessen der arbeitenden Klassen und für die Notwendigkeit des Sozialismus, d. h. für die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion.

Der Parteitag erkennt in der herrschenden Schutzpolitik Deutschlands die Ursache der unerträglichen Verschärfung der Teuerung. Er fordert die Beseitigung dieser Wirtschaftspolitik, deren Zweck nur die ungeheuerliche Steigerung der Beute der Großkapitalisten, Großgrundbesitzer und Spekulanten, die treibhausmäßige

Förderung der Kartelle und Ringe und die Erhöhung ihrer Monopolprofite bildet. Der Parteitag fordert daher eine gründliche Reform unseres Steuersystems mit dem Ziel der Beseitigung aller indirekten Steuern auf die Verbrauchsartikel der Massen und ihre Ersetzung durch direkte Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftssteuern.

Der Parteitag fordert die Beseitigung des Systems der Einfuhrscheine, die Aufhebung aller Lebensmittelzölle und der Zölle auf Futtermittel, die den Großgrundbesitz auf Kosten der städtischen und der bäuerlichen Bevölkerung begünstigen.

Er fordert insbesondere zur Abhilfe der Fleischnot die sofortige Aufhebung der Vieh- und Fleischzölle, die Öffnung der Grenzen für Vieh und Fleisch unter Beachtung unerlässlicher gesundheitlicher Überwachungsmaßnahmen und der entsprechenden Abänderungen des Gesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, um die Einfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch, insbesondere auch von Geflügelfleisch dauernd zu ermöglichen.

Dieselben Junker und Scharfmacher, welche die Aushungerung des Volkes durch ihre Zollwucherpolitik verschulden, wollen nun dessen Widerstand brechen, indem sie das ohnehin schon ungenügende Koalitionsrecht völlig erdrosseln. Der Parteitag protestiert gegen diese infame Vergewaltigung der Arbeiter und fordert vielmehr die Ausgestaltung und Sicherung der Koalitionsfreiheit.

Der Parteitag erklärt die sofortige Einberufung des Reichstages für unerlässlich und fordert die arbeitende Klasse auf, den Kampf gegen das herrschende Ausplünderungssystem auch im Hinblick auf die Neugestaltung der gesamten deutschen Handelspolitik und die gemeingefährliche Untätigkeit der kapitalistischen Klassenregierung gegenüber dem schreienden Notstand der Massen mit aller Wucht fortzuführen.

### Resolution zum Bergarbeiterschutz.

Der Parteitag erklärt, die Häufung der Massenkatastrophen in den deutschen Bergwerksbetrieben, die fast andauernd steigende Zahl der getöteten und verletzten Bergarbeiter, wie auch die erschreckend hohen bergmännischen Krankheitsziffern beweisen schlagend, daß die von den Vertretern des kapitalistischen Ausbeutungssystems nach jeder großen Grubenkatastrophe wiederholte Versicherung, für den Schutz der Bergwerksarbeiter sei hinreichend gesorgt, eine wider besseres Wissen aufgestellte Behauptung ist. Schon die Tatsache, daß die Unfallziffern in anderen europäischen Ländern erheblich geringer sind, zwingt zu dem Schluß, daß nicht alle Mittel zur Verbesserung der Grubensicherheit in Deutschland in Anwendung sind. Es ist beschämend, daß Deutschland im Bergarbeiterschutz hinter dem Ausland zurücksteht. Der Parteitag beauftragt deshalb die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, alsbald nach dem Zusammentritt des Reichstages diesen erneut und nachdrücklichst zur Beschlußfassung über eine den modernen

Betriebs- und Arbeitsverhältnissen entsprechende reichsgesetzliche Regelung des Bergarbeiterschutzes zu veranlassen. Dieses Gesetz muß mindestens zwingend festlegen:

1. Eine Arbeitszeit von höchstens acht Stunden, und zwar mit der Maßgabe, daß innerhalb 24 Stunden allgemein höchstens 8 Stunden gearbeitet werden darf, abgesehen von Überzeitarbeit, die zur Rettung und Sicherung von Menschenleben und zur Aufrechterhaltung des Betriebes unbedingt nötig ist. Bei einer Grubentemperatur von 28 Grad Celsius an und an besonders nassen Arbeitspunkten darf die Schichtdauer nicht mehr als sechs Stunden betragen;

2. Arbeiter unter 18 Jahren sind zur unterirdischen Tätigkeit nicht zuzulassen, auch nicht solche Erwachsene, denen die für die eigentliche Bergarbeit nötige berufliche Vorbildung mangelt;

3. Vorschriften über die Erzielung und Auszahlung eines Arbeitslohnes, der dem schweren und gefährlichen Bergarbeiterberuf gerecht wird und den Arbeitern und ihren Familien einen kulturentsprechenden Lebensunterhalt ermöglicht;

4. Anstellung von Grubenkontrolleuren, mittels geheimer und direkter Wahl von den Arbeitern gewählt und aus Staatsmitteln besoldet;

5. Bereithaltung einer genügenden Zahl von Rettungsapparaten und Geräten für den Transport der Unfallopfer; Ausbildung von mit der Benutzung der Rettungsapparate und der ersten Hilfeleistung bei Verletzungen vertrauter Mannschaften;

6. Einrichtung von ausreichenden Wasch- und Badeanstalten (Brausebäder) auf allen Werken.

Der Parteitag erwartet, daß angesichts der furchtbaren Unglücksfälle der letzten Zeit der Reichstag und die verbündeten Regierungen endlich es für ihre Gewissenspflicht erachten werden, die gestellten Forderungen durchzuführen.

### Resolution gegen die Gewalttätigkeiten der Arbeitswilligen.

Die Tatsache, daß die Fälle sich mehren, wo friedliche Personen durch Arbeitswillige schwer mißhandelt, ja sogar niedergeschossen werden, veranlaßt den Parteitag zu scharfem Protest gegen die planmäßige Bewaffnung der Arbeitswilligen und gegen die nachsichtige Haltung der Behörden gegenüber den Gewalttätigkeiten dieser Personen. Die Fraktion wird aufgefordert in geeigneter Weise diese Rohheitsverbrechen, die von Arbeitswilligen verübt werden, zur Sprache zu bringen und zu verlangen, daß der Ausnahmebehandlung dieser gemeingefährlichen Elemente ein Ende gemacht werde.

### Resolution zur Jugendbewegung.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wiederholt mit Nachdruck den schon von früheren Parteitagen erhobenen Einspruch gegen die Verfolgungen, die sich staatliche Behörden aller Art gegen die proletarische Jugendbewegung herausnehmen.

Der Parteitag anerkennt das ernste Bestreben junger Arbeiter und Arbeiterinnen, sich durch rege Vereinstätigkeit, durch Versammlungen, Vortragskurse, künstlerische Veranstaltungen, Ausflüge, Besuche von sehenswerten Sammlungen und auf andere Weise eine Erweiterung ihrer unzureichenden Volksschulbildung anzueignen. Alle diese Maßnahmen sind reine Bildungsmaßnahmen und als solche unpolitisch.

Dagegen besteht für den Parteitag kein Zweifel über die politischen Beweggründe, die zur neueren bürgerlichen Jugendbewegung in allen ihren Arten und Betätigungsformen und zu ihrer Unterstützung durch Staat und Gemeinde geführt haben, sowie über die offene und versteckte Bekämpfung der Sozialdemokratie, die bei allen Veranstaltungen der bürgerlichen Jugendpflege auf die jugendlichen Teilnehmer versucht wird.

So sehr die deutsche Sozialdemokratie von jeher durch Wort und Tat die geistige und körperliche Hebung der schulentlassenen Arbeiterjugend durch den Ausbau und durch die Verbesserung des staatlichen und gemeindlichen Schul- und Bildungswesens bemüht ist, so sehr erhebt sie Widerspruch gegen die parteiische Unterstützung unkontrollierbarer, bewußt sozialistenfeindlicher, also politischer Jugendpflege privater Vereinigungen durch staatliche Behörden und aus öffentlichen Mitteln.

Der Parteitag fördert zwar die politische Wirkung dieser neuesten Art der Sozialistenbekämpfung nicht, er erhebt aber aus allgemeinen kulturellen und pädagogischen Gründen den entschiedensten Einspruch gegen das heuchlerische Gebaren und gegen die wüsten Methoden der bürgerlichen Jugendpflege; besonders sieht er in den sogenannten Kriegsspielen und in der öden Nachäfferei militärischer Außerlichkeiten eine schwere Beeinträchtigung der körperlichen, geistigen und seelischen Entwicklung der heranwachsenden Jugend. Solches Treiben dient nicht der Heranbildung wahrer Vaterlandsliebe im Geiste der Menschheit, sondern der Züchtung roher Triebe im Sinne des Nationaldünkels und der Hetze gegen andere Völker.

Der Parteitag erwartet, daß die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen wie bisher allen Verfolgungen zum Trotz ihre anerkanntswürdige Bildungsarbeit an sich selbst im Sinne fortschrittlicher, freiheitlicher und brüderlicher Lebensauffassung fortsetzen. Die deutsche Sozialdemokratie wird bestrebt sein, sie dabei vor ungerechtfertigten und ungesetzlichen Störungen durch amtliche und freiwillige Gegner der proletarischen Jugendbewegung zu schützen.

#### Resolution zum Imperialismus.

Die unter Verkümmern der Lebenshaltung des ausgebeuteten Proletariats gewaltig entwickelte Produktion treibt zur Erweiterung der Märkte, die riesige Anhäufung des Kapitals drängt nach neuen Anlagegebieten und Verwertungsmöglichkeiten.

Mit der zunehmenden Ausfuhr von Waren und Kapital, von Produktion und Transportmitteln wird der Weltverkehr immer mehr gesteigert und die Weltwirtschaft ausgebreitet. Die durch das Schutzsystem mächtig geförderten Organisationen der Unternehmer, Kartelle und Trusts, die das Wirtschaftsleben in steigendem Maße beherrschen, nutzen ihren Einfluß auf die Regierung ihres Staates aus, um die staatlichen Machtmittel ihren Expansionsbestrebungen dienstbar zu machen, von dem Wirtschaftsgebiete der Welt große Teile ihrer Einfluß- und Machtsphäre zu unterwerfen und fremde Konkurrenten auszuschließen. Zu diesem Zweck ist die brutalste Gewalt willkommen, wenn sie Erfolg verspricht. Eine skrupellose Raub- und Eroberungspolitik, deren volksfeindlichen Charakter bereits der Parteitag im Mainz im Jahre 1900 gebrandmarkt hat, ist die Folge dieser imperialistischen Ausdehnungsbestrebungen. Um Beutezüge siegreich durchzuführen und den Raub in Sicherheit zu bringen, werden

die Mordwerkzeuge in unerhörter Weise vermehrt und vervollkommen.

Zwischen den Staaten, deren Kapitalistenklasse dasselbe Expansionsbedürfnis hat und zu seiner Befriedigung dasselbe Ziel verfolgt, entstehen schwere Verwicklungen und scharfe Gegensätze, die wiederum den Antrieb für die bis zum Wahwitz vermehrte und verstärkte Rüstungen geben.

Die dadurch erzeugte Gefahr eines verheerenden Weltkrieges wird noch verschärft durch die schamlose Hetze der Kapitalmagnaten und Junker, die an der Lieferung von Kriegsmaterial an der Vergrößerung des Beamtenapparats und der leitenden Stellen in Heer und Marine besonderes Interesse haben.

Der Imperialismus stärkt die Macht der Scharfmacher, gefährdet das Koalitionsrecht und hemmt die Fortentwicklung der Sozialpolitik. Die Rüstungsausgaben burden den Massen des Volkes unerträgliche Lasten auf, während die Teuerung aller Lebensmittel ihre Gesundheit untergräbt.

Die bürgerlichen Parteien sind durchweg in den Bann des Imperialismus geraten, sie bewilligen widerstandslos alle Forderungen für Armee und Marine. Die Sozialdemokratie bekämpft auf das nachdrücklichste imperialistische und chauvinistische Bestrebungen, wo immer sie sich zeigen mögen, pflegt dagegen mit aller Entschiedenheit die internationale Solidarität des Proletariats, das nirgends feindselige Gefühle gegen ein anderes Volk hegt.

Wenn auch der Imperialismus, der ein Ausfluß der Wirtschaftsweise ist, nur mit dieser vollständig überwunden werden kann, so darf doch nichts unterlassen werden, um seine gemeingefährlichen Wirkungen zu mildern.

Der Parteitag bekundet den entschlossenen Willen, alles aufzubieten, um eine Verständigung zwischen den Nationen herbeizuführen und den Frieden zu hüten.

Der Parteitag verlangt, daß im Wege internationaler Vereinbarungen dem Wettrüsten ein Ende gemacht wird, das den Frieden bedroht und die Menschheit einer furchtbaren Katastrophe entgegentreibt.

Der Parteitag fordert an Stelle beutegieriger Eroberungspolitik die Freiheit des Weltverkehrs und die Beseitigung des nur der Bereicherung von Kapitalmagnaten und Großgrundbesitzern dienenden Schutzzollsystems.

Der Parteitag erwartet, daß die Parteigossen ihre ganze Kraft unermüdet für den Ausbau der politischen, gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisation des klassenbewußten Proletariats einsetzen werden, um mit verstärkter Wucht den gewalttätigen Imperialismus zu bekämpfen, bis er niedergedrungen ist. Ist es doch die Aufgabe des Proletariats, den auf die höchste Stufenleiter gebrachten Kapitalismus in die sozialistische Gesellschaft überzuführen und so den Frieden, die Selbstständigkeit und die Freiheit der Völker dauernd zu sichern.

#### Resolution zum Schnapsboykott.

In besonderer Berücksichtigung der neuesten, unter dem Trugwort »Abschaffung der Liebesgabe« erfolgten Mehrbelastung zugunsten des Militarismus und der Schnapsproduzenten bringt der Parteitag den von den drei letzten Parteitagen beschlossenen Branntweinboykott in eindringliche Erinnerung. Der Parteitag stellt fest, daß die bisherige Durchführung des Boykotts eine erhebliche Verminderung des Branntweinverbrauchs zur Folge gehabt hat, die im Interesse der Volksgesundheit, der Kampffähigkeit des Proletariats und der Schwächung seiner bösesten Feinde freudig zu begrüßen ist. Er erwartet jedoch für die Folge eine noch gewissenhaftere Durchführung des Parteitagsbeschlusses.

#### Rundschau.

Was der Verband genützt hat, hebt ein alter Verbandskollege, der die Entwicklung der Berufsverhältnisse mit offenen Augen beobachtete, durch folgende Zuschrift hervor, die wir besonders der Beachtung unserer jüngeren Kollegen empfehlen:

Immer gibt es in der heranwachsenden Generation noch Gleichgültige und Kleinmütige, die für alles andere als für ihre Gewerkschaft Interesse haben und die sogar oft nicht einmal ihre Beiträge bezahlen und ausgeschlossen werden müssen. Man kommt da manchmal zu dem Bewußtsein, das die jetzige Generation garnicht weiß, wie es vor einigen Jahrzehnten in manchen rückständigen Orten beschaffen war. Also ein Beispiel: Ich wurde, nachdem ich zehn Jahre in der Fremde war, zu einer Zeit, als es auch ziemlich flau mit der Kunst Seneffelders stand, nach einem der rückständigsten Orte Thüringens verschlagen. Schon bei meiner Abreise von einer süddeutschen graphischen Metropole wurde mir gesagt: »Nach Thüringen wollen Sie? Da kommen Sie aber in ein armes Land!« Ich ließ mich aber, als Naturschwärmer, nicht abschrecken, und fand allerdings viel Armut, die aber auch durch die rückständigsten Lohn- und Arbeitsbedingungen mit verursacht wurde. Lange Arbeitszeit, geringe Löhne, keine Bezahlung der gesetzlichen oder der noch viel zahlreicheren ungesetzlichen vom Geschäft angeordneten Feiertage, dafür viele Steuern und noch andere Unannehmlichkeiten. Dieser Tage kam mir zufällig ein altes Lohnbuch aus den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts in die Hände und ich blätterte darin herum. Ich stand mit 28 Mk. Wochenlohn in punkto Bezahlung an dritter Stelle unter dem gesamten, 120 bis 130 Personen zählenden Personal des Betriebes. Von den in das Lohnbuch eingetragenen Wochen war die Hälfte nicht voll; es fehlten neben den gesetzlichen Feiertagen die Tage der Jahrmärkte, Vogelschießen, Sedanfeiern, Kirmesfeste, Kesselreinigungen usw. usw. Daher waren mir statt der vereinbarten 28 Mk. in einer Woche nur 17,50 Mk., in einer anderen 18,65 Mk., in drei weiteren Wochen 21,45 Mk., 21,90 Mk. und 22,15 Mk., in 11 Wochen je 23,30 Mk., in einer Woche 24,70 Mk. und in 5 Wochen je 25,65 Mk. ausgezahlt worden. Und bei diesen Löhnen betrug die Arbeitszeit auch für Lithographen noch zehn Stunden! Demgegenüber betrachte man die Lohn- und Arbeitsbedingungen von heute. Sie lassen zwar auch noch sehr viel zu wünschen übrig, aber gegen die damaligen Zustände bedeuten sie doch einen gewaltigen Fortschritt, den wir nur unsern Verbänden zu danken haben. Jeder Kollege wird sagen müssen, daß die Kämpfe und Opfer nicht umsonst gebracht worden sind. Die jüngeren Kollegen haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß das von den älteren Kollegen durch den Verband Errungene gefestigt und vervollkommen werde.

**Geschäftsergebnisse.** Die Anhalter Tapetenfabrik Ernst Schütz Aktien-Gesellschaft in Dessau schloß laut Bilanz vom 30. Juni ihr letztes Geschäftsjahr mit einem Verlust von 102231 Mk. ab, einschließlich des Verlustvortrags aus dem Vorjahre von 57231 Mk. Das Aktienkapital beträgt 500000 Mark. Die außerordentliche Generalversammlung vom 19. September hat auf Antrag des Aufsichtsrats und des Vorstands einstimmig beschlossen: Die Aktionäre sind aufzufordern, auf jede Aktie 200 Mk. bar zuzuzahlen. Erhöhung des Nennbetrages der Aktien findet nicht statt. Die Beträge zur Zuzahlung werden zur Tilgung der Unterbilanz und zu außerordentlichen Abschreibungen bestimmt. Diejenigen Stammaktien, für welche die Zuzahlung von 200 Mk. geleistet ist, werden in 6prozentige Vorzugsaktien umgewandelt. — Die E. A. Schwerdfeger & Co. Luxuspapierfabrik Akt.-Ges. in Berlin, die im Vorjahre noch 7 Proz. Dividende verteilte, schloß ihr letztes am 31. März abgelaufenes Geschäftsjahr mit einem Verlust von 81968 Mk. ab. Dieser ungünstige Abschluß wird im Geschäftsbericht der Verwaltung in erster Linie wie folgt begründet: »In der chromolithographischen Abteilung brach im Oktober 1911 ein Streik der Lithographen und Steindruckers aus, von dem wir, wie fast alle Firmen unserer Branche, schwer betroffen wurden, und der über drei Monate dauerte. Wenn es uns auch gelang, einen kleinen Teil unseres Betriebes aufrechtzuerhalten, so konnten wir doch infolge des Streiks unseren Lieferungsverpflichtungen nur zum Teil nachkommen und waren gezwungen, Nachbestellungen zum größten Teil zurückzuweisen.« Damit sagt der Vorstand der Gesellschaft, um sich selbst den Rücken zu decken, den Aktionären bewußt die Unwahrheit. Denn die Lithographen und Steindruckers traten bei Schwerdfeger nicht in den Streik, sondern sie wurden von der Firma ausgesperrt. Letztere trägt also allein die Schuld, wenn sie ihren Lieferungsverpflichtungen nicht voll nachkommen kann und Nachbestellungen zurückweisen mußte. Es ist recht bezeichnend und stellt dem Mut der Firmenleitung kein rühmliches Zeugnis aus, wenn sie jetzt die Schuld an den Folgen der eigenen Scharfmacherei und Aussperrungswut auf die gegen ihren Willen feiernden Arbeiter zu wälzen versucht, die nur durch die Firmenleitung an der Arbeit gehindert wurden.

Georg Meisenbach sen. ist am 24. September in Emmering bei Fürstentfeldbruck in Bayern im 72. Lebensjahre gestorben. Der Verstorbene darf als der Begründer der Autotypie in ihrer jetzigen Form angesehen werden, die der modernen Illustrationskunst zu dem enormen Aufschwung verhalf, den sie bis heute genommen hat. Auch die Arbeiterschaft des von ihm begründeten Gewerbes wird dem Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren. Wir kommen auf sein Wirken und auf seine Verdienste noch zurück.

**Der Arbeitsmarkt im August** war nach dem »Reichsarbeitsblatt« nicht wesentlich vom Vormonate verschieden. Nach den Berichten aus der Industrie hat sich die Beschäftigung im August zumeist auf der Höhe des Vormonats gehalten, doch waren einige Industrien wegen der noch nicht begonnenen Saison weniger gut beschäftigt. Nach den Berichten der Krankenkassen hat der Beschäftigungsgrad im August eine beträchtliche Zunahme gegenüber dem Vormonate erfahren. Die Mitgliederzahl stieg um 27.211. Nach den Berichten der Fachverbände waren Ende August 1912 1,7 Prozent, Ende August 1911 1,8 Proz. und Ende Juli 1912 1,8 Proz. der Mitglieder arbeitslos. Es trat also sowohl dem Vormonate als auch dem Vorjahre gegenüber eine kleine Besserung ein. Die *Arbeitsnachweisziffern* lassen dem Vormonate gegenüber auf eine Steigerung des Andranges von Arbeitssuchenden schließen.

**Die Arbeitslosigkeit im polygraphischen Gewerbe im August** stand nach den Mitteilungen des »Reichsarbeitsblattes« wie folgt:

Organisation	Mitgl. Zahl am Monatsende	Arbeitslos am Monatsende am Ort	Arbeitslose auf 100 Mitglieder		
			Aug. 1912	Aug. 1911	Juli 1912
Buchdrucker . . .	65650	3091	4,6	4,4	6,4
Buchbinder . . .	32630	859	5,7	2,8	3,1
Lithogr. u. Stndr.	16978	731	98	4,9	4,1
Graph. Hilfsarb.	15887	342	6	2,3	1,7
Xylographen . . .	426	8	—	1,9	—
Notensetzer . . .	445	—	—	—	0,2
Gutenbergsbund.	3265	48	6	1,7	1,2
Graph. Zentralverband, drisil.	2008	16	4	1,1	1,6

**Der Nahrungsmittelaufwand** hat sich nach den Calwerschen »Monatlichen Übersichten über Lebensmittelpreise« auch in den Monaten Juli und August weiter verteuert. Die Reichsindexziffer stieg von 25,85 im Juni auf 26,10 im Juli, also um 0,25, und auf 26,66 im August, also abermals um 0,56. Da sie im Juli 1911 auf 24,37 und im August 1911 auf 24,65 stand, erfährt sie gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung um 1,73 resp. um 2,01. Diese Ziffern beweisen, daß die Teuerung in Deutschland in einem erschreckenden Maße immer höher steigt.

**Die Freie Hochschule Berlin** versendet soeben ihr Programm für das Herbstquartal Oktober bis Dezember 1912, eine Broschüre von 72 Seiten. Der Vorlesungsplan umfaßt die mannigfaltigsten Gebiete, und zwar: Weltanschauung, Philosophie, Pädagogik; Bildende Kunst, Musik; Literatur und Sprachen; Volkswirtschaft, Staats- und Rechtslehre; Handlungswissenschaften; Geographie, Vorgeschichte, Kulturgeschichte; Naturwissenschaften, Medizin, Mathematik, Technik; Vortragskunst, Zeichnen, Stenographie, Schach. Das Programm wird durch die Geschäftsstelle der Freien Hochschule, Berlin O. 27, Blankenfelderstr. 4 gratis abgegeben.

**Aus dem Auslande**  
**Amerika.** Der amerikanischen Lithographenverband hat sich unter dem Titel »The Graphic Journal« ein eigenes Organ geschaffen, und zwar auf Betreiben unserer nach Amerika ausgewanderten deutschen Kollegen, die den Wert der Gewerkschaftspresse erkannt und den amerikanischen Kollegen begrifflich gemacht haben. Dem in englischer Sprache erscheinenden Organ wurde das von der »Vereinigung lithographischer Arbeiter« in New York seit Anfang dieses Jahres herausgegebene »Graphische Monatsblatt« in deutscher Sprache angegliedert. »The Graphic Journal« wird von Hermann Kaufmann, 1469 Woodhaven Avenue, Woodhaven, L. I., der deutsche Teil von Otto Zander, 939 Chestnut Str., Richmond Hill, L. I., redigiert. Wir beglückwünschen unsere deutsch-amerikanischen Kollegen zu dem im amerikanischen Lithographenverbände erzielten Erfolge, der unserer Bruderorganisation nur zum Segen gereichen wird, und heißen »The Graphic Journal«, das erste in englischer Sprache erscheinende Gewerkschaftsblatt der graphischen Berufe, als neuen Kampfgegenossen herzlich willkommen. — Der Verband der Chemigraphen (Photographeure) hat auf seiner letzten in Deuver abgehaltenen Generalversammlung u. a. beschlossen, das Eintrittsgeld für Kollegen, die in Nicht-Unionfabriken gelernt haben, von 30 auf 55 Dollar zu erhöhen und einen Verteidigungsfonds von 100 000 Dollar zu beschaffen, der durch monatliche Extrablätter aufgebracht werden soll.

**Generalversammlungen und Kongresse.**  
**Internationaler Hutmacherkongreß.** In Mailand fand vom 15. bis 18. September der achte internationale Hutmacherkongreß statt. Nach einer Protesterklärung gegen den Krieg erstattete das internationale Sekretariat seinen Bericht, nach dem die Gesamtzahl der Organisierten 30546 beträgt, fast 8000 mehr als 1908. Der Kongreß traf Maßnahmen zur Stärkung und zum Ausbau des internationalen Verbandes und zur Festigung der internationalen Beziehungen. Dem Sekretariat sind 13 Landesorganisationen angeschlossen. Es gibt alle zwei Monate ein in 4 Sprachen erscheinendes Bulletin heraus und liefert für Mitglieder aller Verbände eine internationale Reisekarte in fünf Sprachen.  
**Lagerhalter.** Der Verband der Lagerhalter hielt vom 8. bis 11. September in Cöln a. Rh. seine 13. (außerordentliche) Generalversammlung ab, die mit 65 gegen 18 Stimmen den Zusammenschluß mit dem Handlungsgewerkschaftsverband beschloß, der

zunehmend zum Jahreswechsel erfolgen dürfte. Die Lagerhalter behalten ihre eigene Zeitung auch nach dieser Zeit und haben das Recht, alle zwei Jahre eigene Reichskonferenzen abzuhalten. Der Lagerhalterverband zählt gegenwärtig 2913 Mitglieder und verfügt über 81493 Mk. Vermögen.

**Gärtner.** Der Allgemeine deutsche Gärtnerverein hielt seinen 10. Verbandstag vom 9. bis 13. September in Berlin ab. Die wichtigeren Beschlüsse betreffen in der Hauptsache die Beitrags- und Unterstützungssätze. An Stelle der bisherigen drei Beitragsklassen von 30, 35 und 40 Pf. pro Woche wurden deren vier geschaffen: 20 Pf. (für Arbeiterinnen und Jugendliche), 35 Pf. (für Gutsgärtner und rüstständige Lohngebiete), 50 und 60 Pf. Die Unterstützungssätze sind in allen Klassen nach einer Mitgliedschaft von 1, 2, 3, 4, 5, 7 Jahren abgestuft. Die Unterstützungssätze steigen von Stufe zu Stufe sowohl in der Höhe des täglichen Satzes als auch in der Zahl der Tage, für welche sie gewährt werden. Mitglieder, die während eines Lohnkampfes bereits zu den neuen Bedingungen arbeiten, haben auf die Dauer des Streiks einen Wochenbeitrag zu zahlen, der pro Wohentag einen Wochenbeitrag beträgt, also pro Woche 1,20 Mk. bis 3,60 Mk. Für die Fortführung eines Streiks soll künftig eine Zweidrittelmehrheit der Abstimmanden erforderlich sein. Zwecks energischer Bekämpfung des Kost- und Logiszwangs soll die Generalkommission um Sammlung des Materials auch anderer Berufe ersucht werden. Der weitere Ausbau des jetzt monatlich als Beilage des Verbandsorgans erscheinenden (technischen) Gärtnerfachblattes wurde in Anbetracht der damit verbundenen erheblichen Kosten abgelehnt.

### Wirtschaftliche Monatsschau.

Berlin, den 7. Oktober 1912.

Rekordziffern für Produktion und Preise: Roheisen, Steinkohle, Metalle, Elektroindustrie, Schifffahrt und Auswanderung. Neue politische Krisen. Günstige Reichsbanklage. Die letzten Ernteschätzungen.

Die **Rekordziffern** häufen sich — fast möchte man sagen, in beängstigender Weise, weil auf den Gipfel der Hochkonjunktur schließlich doch der Wiederabstieg folgen muß. Und zwar ist diese Aufwärtsbewegung, die sich eine Zeitlang international sehr ungleichartig verteilte, nachgerade für alle Länder in seltener Übereinstimmung zu beobachten.

Die **deutsche Roheisenproduktion** hat im letzten Monat (August), über den Angaben vorliegen, den gleichen Monat des Vorjahres um nicht weniger wie 15,70 Proz., also um mehr als ein Siebentel, überholt. Im August 1911 stellte sich die Produktion auf 1.285.942 Tonnen, im laufenden Jahre auf 1.487.448 Tonnen; alle vorangegangenen Monatsziffern sind damit weit überflügelt. Januar bis August zusammengenommen, finden wir den letzten periodischen Produktionshöchstpunkt mit 8.597.464 Tonnen im Jahre 1907, das bekanntlich für andere Industrien schon mit dem ersten krisenhaften Rückgang endete. Dann glitt 1908 die Roheisenproduktion vom Januar bis August vorübergehend auf 7.995.936 Tonnen herab, um 1909 schon wieder auf 8.440.692 Tonnen sich zu heben und dann 1910 auf 9.693.152 Tonnen, 1911 auf 10.258.637 Tonnen und 1912 nunmehr auf nicht weniger als 11.380.091 Tonnen anzusteuern. Das war noch bis 1905 eine unerreichte Volljahressumme, während jetzt bereits 8 Monate diese Ausbeute liefern.

In der **Steinkohlenproduktion** war Oberschlesien nicht immer von gleichem Glücke begünstigt wie Rheinland-Westfalen. Augenblicklich hat es alle Haldenbestände geräumt und in seiner Kohlenkonvention für das dritte Quartal 15 Proz. Mehrversand gegen die vorjährigen Verladungsziffern freigegeben. Dies kommt einer vollständigen Förderfreiheit gleich, oder vielmehr: die Leistungsfähigkeit der ober-schlesischen Gruben ist momentan der wirklichen Nachfrage kaum gewachsen.

Die **Rohzinkpreise** haben, zum Vorteil der östlichen wie der westlichen Montanindustrie Deutschlands, in jüngster Zeit wiederholte Aufbesserungen erfahren. Der **Bleipreis** ging am 9. September zum ersten Male über alle Notierungen hinaus, die seit den siebziger Jahren zu verzeichnen waren. Noch vor Jahresfrist zahlte man in London kaum 14 1/2 Pfund Sterling für die Tonne Rohblei, während am erwähnten Montag 23 3/4 Pfund Sterling bewilligt werden mußten.

An die **erstaunliche Expansionskraft der Elektrowerke**, dieser Industrie aller Industrien, wurde wieder einmal durch die Kapitalserhöhung der großen A. E. G. erinnert. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft will nicht weniger wie 25 Millionen neuer Aktien schaffen! Gleichzeitig geben die Siemens-Schuckertwerke neue Obligationen im Betrage von 30 Millionen Mark, mit 4 1/2 Proz. verzinsbar, aus. Freilich darf man bei allen diesen erstaunlichen Ziffern nicht übersehen, daß das Gedeihen der Großfirmen vielfach auf Kosten der zahlreichen mittleren und kleineren Firmen geschieht, die bei Vergebung elektrotechnischer Lieferungen und Arbeiten im Submissionswege immer mehr ausgeschaltet werden, während die überragende Stellung der Riesenterriebe auch durch die öffentlichen, staatlichen und kommunalen Behörden, beispielsweise durch die Verpachtung kommunaler Elektrizitätswerke an die Großindustrie, immer höher getrieben wird.

Die **Ozeanschifffahrt**, die lange Jahre unter einem Überangebot von Schiffsraum litt, steht gleichfalls einem kaum noch zu bewältigenden Weltverkehr gegenüber und war seit Monaten schon in der Lage, fortgesetzt ihre Frachtraten zu erhöhen. Daran scheint sich jetzt eine neue Hoffdust des Auswanderertransportes anzuschließen. Nach der »Frankf. Zig.« belief sich im August die Zahl der über Bremen beförderten Personen auf 19627 gegen 14203 im Vorjahre.

Inzwischen hat freilich die Haussestimung, in der alles glückstrahlend sich sonnte, plötzlich durch die **Balkanwirren** eine jähe Unterbrechung erfahren. Am Nachmittag des 30. September nahmen die Gerüchte über die Mobilmachungen in Bulgarien, Serbien und Griechenland zum ersten Male eine ganz bestimmte, amtlich unbestrittene Form an und sofort antwortete die Abendbörse mit beträchtlichen Kursrückgängen. Die eigentliche Panik brachte jedoch erst der folgende Tag, der 1. Oktober. Der Verkaufsansturm war in Werten aller Art ein dermaßen heftiger, daß alle Beruhigungsversuche der Interessenten und Banken durch Deckungs- und Interventionskäufe versagten. In Berlin waren in der ersten Börsenstunde Kursstürze von 10 und sogar 16 Proz. bei namhaftesten Börsenpapieren nichts Seltenes, und gerade die Montan- und Schifffahrtswerte erlitten den stärksten Druck. Erst allmählich kehrte eine gewisse Ruhe zurück, zahlreiche Kurse erholten sich wieder ein wenig, aber das Schlußbild am 1. Oktober blieb, verglichen mit dem sowieso schon nicht günstigen Vortage, niederschmetternd genug. Ähnlich war die Haltung der Wiener Börse, während London und Paris sich ruhiger verhielten. In Petersburg hatten besonders die russischen Industrieaktien einen schweren Kurssturz durchzumachen, in denen vorher seit Monaten eine starke Überspekulation stattgefunden hatte.

Dies war um so bitterer, als gerade die letzten Vortage recht erfreuliche Erfahrungen geboten hatten. Vor allem war es eine angenehme Überraschung, daß die **Reichsbank** über die, alle Geld- und Kreditkräfte anspannende Quartalswende ohne Diskonterhöhung hinwegkam. Nach den Ausführungen des Reichsbankpräsidenten Havenstein am 28. September vor dem Zentralausschuß unterschied sich die Entwicklung des Status während des ganzen Septembers sehr zu ihren Gunsten nicht nur von dem Vorjahr, das sich ja für den September aus den bekannten politischen Gründen (Marokkowiirren) überhaupt nicht zum Vergleich eignet, sondern auch von den vorausgegangenen Jahren. Da die Geschäftswelt zu einem großen Teil sich schon auf die sonst vor dem großen Herbsttermin übliche einprozentige Erhöhung der geltenden, bereits 4 1/2 prozentigen Rate gefaßt gemacht hatte, so wirkte die Mitteilung, daß die Reichsbank nach Lage der Dinge von einer Diskonterhöhung absehe, um so vorteilhafter.

Dazu gesellten sich vertrauenerweckende Nachrichten aus der **Landwirtschaft**, die endlich wieder von der Witterung mehr begünstigt wurde. Ob das noch den letzten Körnerernten in Deutschland zugekommene ist, darüber gehen die Urteile auseinander. Ehe die in Angriff genommenen Herbstbestellungen beendet sind, wird kaum viel neues Getreide ausgedroschen und zu Märkte gebracht sein; erst dann sind reichlichere Zufuhren und sichere Überblicke über das Gesamtergebnis zu erwarten. Dagegen sprach sich selbst der letztwöchentliche Bericht des Deutschen Landwirtschaftsrates bestimmter und hoffnungsvoller über die Aussichten der deutschen **Kartoffelernte** aus: Die Fäule habe keinen so großen Umfang gewonnen, wie während der unaufhörlichen Niederschläge der Vorwochen befürchtet worden war; mit dem Ertrage sei man im allgemeinen zufrieden und die Erwartungen könnten leicht im allgemeinen noch übertroffen werden. Geht man zur **internationalen Produktion** über, so heißt sich das Bild noch mehr auf. Über große Ausfuhrmengen verfügen zweifellos Rußland, die Vereinigten Staaten und wohl auch Rumänien; die argentinischen Aussichten bleiben nach wie vor glänzend; Indien, Australien und Canada werden ebenfalls mit verhältnismäßig hohen Erntemengen auszusetzen sein. Die Qualität und damit die Verwendbarkeit des russischen Weizens soll zwar vielfach durch den übermäßigen Regen beeinträchtigt sein, dagegen wird der nordamerikanische Weizen als auch qualitativ hervorragend gut eingeschätzt. Wenn bisher nur die nationale (amerikanische, russische), nicht die europäische Preisbildung dadurch beeinflusst wurde, so legt das wesentlich daran, daß die Schifffahrt bei den reichlich lohnenden Frachten anderer Art und anderer Verkehrsrichtung sich dem Getreideexport noch wenig zur Verfügung gestellt hat; sowohl in Rußland wie in den Vereinigten Staaten und in Rumänien klagt man über den Mangel an Kahnraum. Im großen und ganzen kommt der Handel immer wieder auf die günstigeren Marktschätzungen zurück, die er vor dem Eintritt des langandauernden Regens bereits vornahm. Nachdem die erste Stufe der Ermäßigung sich so lange gehalten hat, stände nunmehr wahrscheinlich eine zweite abwärts gerichtete Stufe bevor — falls die politische Entwicklung nicht einen neuen Strich durch alle diese Rechnungen macht. Denn Rußland und die Donauländer würden sicherlich zu Ausfuhrbeschränkungen und Ausfuhrverboten übergehen, falls sie in ernste Konflikte hineingerissen würden.

Nach Max Schippel.

## Die Koalitionsfreiheit in Deutschland und die politischen Parteien.

V.

### Neue Gefahren.

Die Leser der «Graphischen Presse» sind vor wenigen Wochen durch einige Artikel über die in neuester Zeit in der Öffentlichkeit von verschiedenen Seiten ausgesprochenen Drohungen und Angriffe gegen die Koalitionsfreiheit der Arbeiter unterrichtet worden. Es ist auch allgemein bekannt, daß der Entwurf für ein deutsches Strafgesetzbuch, der vor nicht langer Zeit bekannt geworden ist, Paragraphen enthält, die ganz unverkennbar den einzigen Zweck haben, unser dürftiges Koalitionsrecht fast völlig zu vernichten.

Die Gegner der um ein menschlicheres Dasein und höhere Kultur kämpfenden Arbeiterklasse und ihre Sachwalter in den Schreibstuben der Ministerien ruhen nicht. Das Blühen und die Erfolge unserer Organisationen verursachen ihnen schlaflose Nächte, und ihre gesetzgeberischen Versuche sowie ihre Anregungen zu solchen machen denn auch ganz den Eindruck von Hirtengespielen aufgeregter Stunden. In ihren nervösen Angstzuständen halten sie Umschau nach dem «starken Mann», dessen Schädelt hart genug ist, am rollenden Rad der Zeit ein Hemmsdreh zu sein.

Neuerdings scheinen nun die Herren in ihrem verblendeten Beginnen wertvolle Bundesgenossen erhalten zu haben in den christlichen Gewerkschaften. Die schmachliche Haltung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter bei dem letzten großen Ruhrbergarbeiterstreik im Februar dieses Jahres ist noch in aller Gedächtnis. Und in jüngster Zeit ging die Nachricht durch die Presse, daß die christlichen Bauarbeiter, die 1910 in dem großen Tarifkampf im Baugewerbe noch gemeinsame Sache mit den freigewerkschaftlich und hirsch-dunkerisch organisierten Bauleuten machten, verdächtige Annäherungsversuche an den Unternehmerverband im Baugewerbe in Szene setzten.

Diese auffällige Veränderung im Verhalten der christlichen Gewerkvereine hat seinen Grund ohne Zweifel in der Politik der Zentrumsparlei, zu der die Gewerkvereine sehr nahe Beziehungen haben. Diese Politik hat in den letzten Jahren eine grundlegende Veränderung erfahren. Aus einer Partei, die anfangs in schroffer und späterhin doch wenigstens in teilweiser, gemäßigter Opposition der Reichsregierung und dem unternehmerfreundlichen Liberalismus gegenüberstand, hat sich das Zentrum zu einer Regierungspartei sowohl im Sinne der herrschenden Bureaucratie, als auch nach dem Geschmack des Großunternehmertums entwickelt. Wir konnten schon im vorigen Aufsatz eine merkwürdige Lauheit der klerikalen Partei in Sachen der Koalitionsfreiheit feststellen. Bei den letzten Reichstagswahlen haben nun die Zentrumsleute mit den Nationalliberalen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, den politischen Kulis der extremsten Scharfmacher ein Wahlbündnis abgeschlossen. Die beiden Parteien unterstützen sich gegenseitig gegen die Sozialdemokratie. Dieser Verkauf der Wahlstimmen der christlichen Arbeiter zum Verrat ihrer wirtschaftlichen Interessen unmittelbar nach sich. Wie sollten denn die christlichen Gewerkschaftsführer, die während des Wahlkampfes für den Zehnenkandidaten und gegen die Sozialdemokraten aufgetreten waren, ganz kurze Zeit nach der Wahl an der Seite der sozialdemokratischen Bergarbeiter gegen die Zehengewaltigen ins Feld rücken! Und diese Erdschneidung ist keine vorübergehende, denn es ist kaum zu verkennen, daß der absolut unternehmerfreundliche Flügel im Zentrum, insbesondere in der Reichstagsfraktion der Partei, heute in jeder Hinsicht tonangebend ist. Dazu kommt, daß die Zentrumsparlei Regierungspartei vom reinsten Wasser geworden ist; ihre Vertrauensleute sitzen neuerdings an den Tischen des Bundesrats. Und wir wissen ja, daß eine hohe Reichsregierung das Streiken nicht liebt, weshalb eine Regierungspartei das Streiken nicht fördern darf. Dasselbe gilt von dem heiligen Vater in Rom. Auch sein Zorn kommt über die unbotmäßigen Streikbrüder, und auch er und seine internationale tonursierte Garde haben es verstanden, ihren Einfluß auf die klerikale Regierungspartei in Deutschland zu stärken.

Das alles bedingt die Bändigung der christlich organisierten Arbeiter. Das kann aber am besten und schmerzlosesten geschehen mit Hilfe einer Einschränkung des Koalitionsrechtes, die scheinbar vorgenommen wird zum Schutze der sogenannten Arbeitswilligen vor dem Terror der bösen Sozialdemokraten.

Von gleicher Wichtigkeit für die Gestaltung des Koalitionsrechtes in naher Zukunft ist die Haltung der nationalliberalen Partei. Der linke Flügel dieser Partei hat sich während und nach den Wahlen auffallend radikal gebärdet. Es ist die Vermutung ausgesprochen worden, daß diese radikale Geste dem politischen Einfluß der ständig an Zahl wachsenden Schicht der Privatangestellten zu danken sei, eine Vermutung, die sicher begründet ist. Vorerst hat allerdings der Radikalismus derer um Bassermann nur die lebhafteste Opposition des konsequent unternehmerfreundlichen rechten Flügels der Nationalliberalen hervorgerufen. Und bei diesem Ringen

der Geister im Lager des Nationalliberalismus hat es sich gezeigt, daß die die Großindustrie vertretenden Schwergewichtsatleten von rechts die Oberhand haben. Daraus ist mit Sicherheit zu schließen, daß ein beträchtlicher Teil der Reichstagsnationalliberalen trotz des Einflusses der Angestellten, die ein steigendes Interesse an einer möglichst uneingeschränkten Koalitionsfreiheit haben, für eine Verschlechterung des Koalitionsrechtes zu haben sein würde.

Anderer liegen die Dinge bei der fortschrittlichen Volkspartei. Sie hat vor allem starke Rücksichten zu nehmen auf die Hirsch-Dunkerischen Gewerkvereine. Dazu kommt aber noch, daß der Einfluß der Angestelltenwähler auf diese Partei ungleich stärker ist als auf die Nationalliberalen. Das muß durch die Haltung dieser Partei zur Koalitionsfreiheit zum Ausdruck kommen, das zwingt die Fortschrittler trotz des auch bei ihnen sehr starken unternehmerfreundlichen Einschlags zur Verteidigung der Koalitionsfreiheit, das drängt sie bei dem Kampfe um die Koalitionsfreiheit an die Seite der Sozialdemokratie.

Aber die fortschrittliche Volkspartei ist ein sehr schwacher Kampfgenosse. Er kann es nicht verhindern, daß sich aus den großen Fraktionen eine Mehrheit im Reichstag gegen das Koalitionsrecht bilden wird. Die Phalanx der Gegner des Koalitionsrechtes reicht heute von der äußersten Rechten bis tief hinein in die Reihen der Nationalliberalen. Und wenn es diese «Volksvertreter» auch nicht wagen werden, das Koalitionsrecht durch ein unverhülltes Ausnahmegesetz zu verschlechtern, so werden sie doch bereit sein, den die Koalitionsfreiheit stark einschränkenden Teilen des neuen Strafgesetzbuches ihre Zustimmung zu geben. Daran ändert auch die am letzten Sitzungstage vor den Ferien erfolgte Ablehnung eines konservativen Antrages, der einen Gesetzentwurf zum Schutze der Arbeitswilligen verlangte, mit 275 gegen 63 Stimmen nichts. Die Ablehnung beweist höchstens, daß die Herren nicht geneigt sind, die Sache so plump anzufassen, wie die Konservativen beantragten.

Inzwischen versuchen die herrschenden Gewalten, das Koalitionsrecht mit Hilfe der gegenwärtig geltenden Gesetze zu erodieren. Eine Generalprobe haben die Hüter des Profits bei dem bereits erwähnten Bergarbeiterstreik gemacht. Wie bekannt, schritt die neue Unternehmerschutztruppe, der christliche Gewerkverein, in diesem Kampfe gegen die Koalitionsfreiheit mutig voran. Neben dieser Profitschutztruppe wurde gegen die streikenden Bergleute aufgeboden die bewaffnete Macht des erreaktionären Preußens, die parlamentarische Tribüne und fast die gesamte bürgerliche Presse zur Irreführung der öffentlichen Meinung. Alles das stand im Dienst der ohnehin wirtschaftlich sehr widerstandsfähigen Zehnenprotzen. Bei der Besprechung des Streiks im Reichstag und im preußischen Landtag stellte sich auch nicht eine einzige bürgerliche Fraktion rückhaltlos auf die Seite der Streikenden. Vor allem zeigten sich die Nationalliberalen im Landtage als vollendete Zehnenanwälte. Diesem Ansturm mußten die Bergarbeiter weichen. Die Vorgänge haben gezeigt, daß es keine Koalitionsfreiheit in Deutschland gibt, wenn sich alle die genannten dunklen Mächte gegen die Arbeiter vereinigen, daß bei voller Ausnutzung der durch den gegenwärtigen Rechtszustand gegebenen Möglichkeiten ein Streik zum Zusammenbruch gebracht werden kann. Und das ist ja das letzte Ziel dessen, was die Scharfmacher unter Arbeitswilligenschutz verstehen.

Der groben Faust der Polizeibüttel folgte das Fallbeil der Klassenjustiz. In großer Anzahl wurden die am Streik beteiligten Bergleute vor den Richter gezerrt. Die geringste Kleinigkeit genügte als Anlaß zu einem hochnotpeinlichen P. o. z. e. Insgesamt wurden in etwa acht Wochen 20 Jahre 7 Monate 15 Tage Gefängnis und 3671 Mark Geldstrafen durch zwei Strafkammern des Dortmunder Landgerichts gegen die angeklagten Streikenden verhängt. In den einzelnen Fällen gelangten die Strafandrohungen gegen Vergehen, die im Gefolge eines Streiks verübt werden, in ihrer äußersten Schärfe zur Anwendung. Als Beispiele wollen wir hier nur der Urteile gedenken, die in einigen Fällen aus der ersten Zeit der Streikjustizkampagne gefällt wurden. Ein Bergarbeiter, der mit einem Stein nach einem Schutzmann geworfen haben soll, ohne ihn jedoch zu treffen, bekam 3 Monate Gefängnis. Ein anderer Bergarbeiter, der Arbeitswillige mit «Streikbrecher» und «Dickskopf» angeredet hat, trug für diese Mißsate 4 Wochen Gefängnis davon. Eine Bergarbeiterfrau bekam für das Wort «Streikbrecher» und für ein «Pfui!» das sie einem Streikbrecher an den Kopf geworfen hat, 1 Woche Gefängnis. Für Ausspucken vor einem Streikbrecher setzte es 4 Monate Gefängnis, ein andermal für ein «Pfui! Streikbrecher» einen Monat Gefängnis. Und einem alten Bergmann kostete es 30 Mark Geldstrafe, daß er es abgelehnt hatte, mit Streikbrechern Schnaps zu trinken. Solche und ähnliche Fälle ließen sich zu Dutzenden anführen.

Sind nun diese Bergarbeiter für die genannten Vergehen zu schwer bestraft worden? Niemand hätte an so schwere Strafen gedacht, wenn die Vergehen nicht in Verbindung zu bringen wären mit dem Streik. Die übergroße Mehrzahl der in Frage kommenden Delikte wäre im gewöhnlichen Leben mit einer sehr gelinden Geldstrafe gesühnt worden. Also nur weil sie es wagten zu streiken,

wurden die Angeklagten so schwer bestraft, nur weil sie von einem gesetzlich garantierten Recht Gebrauch machten, wurden die Arbeiter ins Gefängnis gesperrt. Solche «Rechtszustände» sind eine Schmach vor der gesamten Kulturwelt, und den Herren, die erst jüngst wieder glaubten, das Ansehen der deutschen Nation gegen die Sozialdemokraten verteidigen zu müssen, ist in der Beseitigung solcher Schamlosigkeit ein weites Tätigkeitsgebiet für ihre nationale Ehrenrettung gegeben. Hier mögen sie sich tummeln!

Die ganze Betrachtung zeigt uns, daß die Arbeiterschaft in ihrem Kampfe um eine Verbesserung und gegen eine Verschlechterung des Koalitionsrechtes völlig auf die eigene Kraft angewiesen ist. In diesem Kampfe muß sie sich, wenn sie nicht unterliegen will, einer starken und vor allem absolut selbständigen Arbeiterpartei bedienen. Solange die Arbeiterklasse ihre politischen Interessen innerhalb irgend einer bürgerlichen Partei zu vertreten sucht, ist sie immer genasführt. Und eine solche Partei, wie sie die Arbeiterklasse zur Wahrung ihrer politischen Interessen braucht, ist nur die Sozialdemokratie. Sie zu stärken ist unsere Aufgabe!

R S. B.

### Wissen ist Macht!

In unserer Zeit betrachten wir schlechthin alle Personen, die sich den Gewerkschaften und der Partei angeschlossen haben, als moderne Arbeiter. Ja, ein jeder, der diesen Organisationen angehört, würde es als Beleidigung empfinden, wenn man ihm die Bezeichnung vorenthalten würde. Und doch fehlt manchem zu dem Titel noch ein ganz wesentlicher Teil, und zwar das Wissen. Es ist ja bedauerlich, aber trotzdem eine Tatsache, daß viele Arbeiter den Gewerkschaften und der Partei nur aus wirtschaftlichen Gründen und in der Erwartung materieller Vorteile angehören. Die Überzeugung fehlt ihnen noch, daß die Organisationen eine Lebensbedingung der Arbeiter sind. Diese Überzeugung kann man sich nur durch gründliches Studium und großes Wissen verschaffen.

Wenn wir heute Klassenkämpfe führen, so gehört dazu nicht nur eine folgtsame Masse, sondern eine vom proletarischen Geist durchdrungene, aufgeklärte Arbeiterschaft. Dem Feind Kapitalismus soll eine gebildete Masse gegenüberstehen, die die Ziele und Zwecke der Kapitalisten genau kennt und sich nicht durch Wohlfahrtsvereinigungen und ähnliche Mittel einfangen läßt.

Der Kapitalismus selbst erblickt in einer gebildeten, wissenden Arbeitermasse seinen gefährlichsten Gegner. Daher genügt es seinen Vertretern, wenn der Arbeiter rechnen, lesen und schreiben kann. Nach ihrem Dafürhalten braucht der Arbeiter keine Kenntnisse vom sozialen und wirtschaftlichen Leben zu besitzen. Ihnen ist nur daran gelegen, billige und willige Ausbeutungsobjekte in den Arbeitern zu haben. Deshalb üben sie ihren ganzen Einfluß auf den Staat aus, den Arbeitern die Bildungsmöglichkeiten nicht zu erweitern.

Wie kann die Masse dem entgegenarbeiten? Welche Bildungsmöglichkeiten stehen der Arbeiterschaft zur Verfügung? In erster Linie dienen dem Arbeiter die Gewerkschafts- und Parteiblätter mit ihren sozialen, volkswirtschaftlichen und politischen Artikeln zur Aufklärung. Weiter sind die Volksbibliotheken, Vorträge und Vortragszyklen zu nennen. Aber genügt das? Nein! Denn es fehlt dabei vor allem der persönliche Gedanken-Austausch! Nur durch Diskussionen können die Ideen geweckt, die Meinungen geklärt und die Überzeugungen gefestigt werden. Ein gehörter Vortrag wird im Alltagsleben vergessen; aber die Idee wird festgehalten, besonders dann, wenn man darüber seine Gedanken mit andern austauschen kann. So können wir die Diskuter-Vereinigungen als wichtiges Hilfsmittel zur Weiterbildung betrachten und benutzen. Man wende nicht ein, daß sich das nur in einer Großstadt leicht in Szene setzen lasse. Nein! Auch im kleinsten Ort läßt sich ohne jedes Bedenken eine solche Vereinigung ins Leben rufen. Natürlich darf das Arbeiten nicht planlos sein, sondern es müssen zunächst die grundlegenden Wissenschaften studiert werden.

Wie soll nun eine solche Diskuter-Vereinigung aussehen? Man wird am Besten tun, wenn man nach folgendem Programm vorgeht: I. Historischer Materialismus (Karl Marx), 2-3 Abende; diese Materie muß recht gut und ausgiebig behandelt werden, dann werden die folgenden Vorträge um so leichter zu verstehen sein. II. Die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, ca. 8 Abende. III. Volkswirtschaftliche Grundbegriffe, ca. 12 Abende. Mit diesem Programm kann man das Winterhalbjahr gut ausfüllen. Weiter sei bemerkt, daß Vortragender, Vorsitzender und Schriftführer in ständiger Reihenfolge abwechseln sollten. Die Protokolle sind auf Saizbildung und Rechtschreibung zu prüfen. Entsprechende Leitfäden und Broschüren bekommt man in jeder Buchhandlung, sodaß auch hier absolut keine Schwierigkeiten entstehen. Nur Ernst und Fleiß, das ist alles, was ein jeder haben muß.

So möge die Anregung für viele von Nutzen sein. Mögen alle Arbeiter danach streben, wirklich moderne Arbeiter zu werden zum Wohle ihrer selbst, zum Wohle der Allgemeinheit, damit das Wort immer mehr Geltung in der breiten Masse erlange: Wissen ist Macht; Macht ist Wissen!

Xilf.



## Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

### Der Funktionär.

Unter diesem Titel erschien kürzlich im Stettiner »Volksboten« folgender Artikel. Wir empfehlen ihn, um unsern Verbandsfunktionären die schwere und opferreiche Tätigkeit zu erleichtern, unsern Kollegen dringend zur Beachtung und hoffen, daß er im Interesse unseres Verbandes zu einer gerechteren Würdigung der Arbeit unserer Funktionäre beitragen möge. *Die Redaktion.*

Es kommt gar nicht selten vor, daß bei Vornahme von Neuwahlen für die Ämter der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre verschiedene der bisherigen Funktionäre resigniert erklären, daß sie auf eine Wiederwahl verzichten, mit der Begründung, einmal eine Weile einem andern des Amtes Würde und Bürde zu überlassen. Aus diesen Worten spricht bereits gar mancherlei, am stärksten aber die Tatsache, daß dem Partei- und Gewerkschaftsmitglied, der nach bestem Wissen und Gewissen seine Pflicht und Schuldigkeit getan, sein Amt als Funktionär verleidet worden ist. Und wieviel vereinigt sich nicht, dem Vertrauensmann oder Funktionär seine Tätigkeit zu verleiden. Vorgesetzte drohen mit Maßregelungen, Entlassungen und dergleichen. Allerlei kleine Nadelstiche von oben, gegen die man sich kaum wehren kann, Bespitzelungen, persönliche Kränkungen und Schädigungen müssen herhalten, um dem Vertrauensmann die Lust an seiner Arbeit zu vertreiben.

Das ginge schließlich noch hin. Die kleine Rache des Unternehmers mag von einzelnen oft schmerzlich genug empfunden werden, sie ist es aber nicht allein, die dem Vertrauensmann die Arbeit im Dienste der Organisation erschwert. Welche Mühe, wieviel Geduld und Überredung, wieviel von der jedem Funktionär so knapp zugemessenen Zeit erfordert die Anwerbung neuer Mitglieder, das Kassieren der Beiträge, die Agitation für unsere Versammlungen und Veranstaltungen, die Entgegennahme, Weiterleitung, sachgemäße Erledigung all der vielen Wünsche, Fragen und Beschwerden der Mitglieder, die Aktionen in der Werkstatt, für deren günstigen Ausgang der Vertrauensmann sich mitverantwortlich fühlt! Welch aufreibende Arbeit leistet nicht oft der Vertrauensmann, dem mehrere Ämter übertragen wurden? Unseren Gegnern ist diese Hingabe für die Sache der Arbeiterschaft schon immer ein Rätsel gewesen. »Du schadest Deinem Fortkommen und Deiner Familie, ruinierst Deine Gesundheit, Du setzt Dich unnütz Gefahren aus, Du wirst keinen Dank, keinen Erfolg davon haben«, so wird der Vertrauensmann von den verschiedensten Seiten, oft auch in der eigenen Familie, bearbeitet. Oder ist es nicht so?

Aber der richtige Vertrauensmann fragt nicht danach, was ihm seine Tätigkeit nützt, wie es ihm ergehen wird. Er steht auf einer höheren Warte. Er fragt nur, was seine Tätigkeit den Berufsgenossen, der Allgemeinheit nützt oder schadet. Man kann das verschieden nennen: Selbstlosigkeit, Hingabe, Eifer und Nächstenliebe. Immer wird das die Erklärung dafür sein, daß der Vertrauensmann stets ein guter und pflichtbewußter Mensch ist.

Je stärker unsere Partei- und Gewerkschaftsbewegung wird, desto mehr wird die Tätigkeit der Funktionäre der zusammenhaltende Kitt. Wo die Freude und Hingabe durch kleine Ränke und Gehässigkeiten getrübt wird, vermindert sich der Fleiß und die Liebe zur Arbeit. Es entsteht Verdruß und das Amt wird abgegeben.

Die Angestellten haben unter ähnlichen Unzuträglichkeiten zu leiden. Es gibt Leute, denen es gewissermaßen ein Sport ist, gegen die Beamten zu hetzen. Das sind die ewigen Nörgler, die vor lauter Kritisieren nicht zu praktischer Tätigkeit kommen. Sind durch Versehen, Mißverständnisse usw. Differenzen ent-

standen, so schreiben sie in der nächsten Versammlung über die »bösen Beamten«. Statt sich mit diesen in Verbindung zu setzen, um in kollegialer Weise eine Verständigung anzustreben, bedienen sie sich kleinlicher Schikanen, die den Angestellten die notwendige Lust und Liebe zur Arbeit zu nehmen geeignet sind.

In unseren Organisationen muß gegenseitiges Vertrauen herrschen. Wer dieses leichtfertig untergräbt, der handelt gegen die Interessen unserer Bewegung. Daher darf auch die notwendige und verantwortungsvolle Tätigkeit unserer Angestellten nicht unnötig erschwert werden. Es handelt sich dabei natürlich nicht um die Ausschaltung jeder Kritik, sondern nur derjenigen, die nicht getragen ist von kollegialem Geiste und von der Absicht der Verständigung. *»Volksbote«, Stettin.*



## Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler. Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

### Lohndrückerei in Schutzverbandsbetrieben.

Nach Beendigung des Kampfes hat in den Berliner Schutzverbandsfirmen, wo die Lithographen in Akkord arbeiten, eine starke Preisreduktion stattgefunden. Bei diesem Preisrückgang wird allgemein noch eine saubere Arbeit als früher verlangt. Für eine Mehrleistung von Arbeit gibt es weniger Lohn!

Heute wollen wir aus einer Schutzverbandsfirma im Norden Berlins folgenden Fall mitteilen: Ein Kollege war 6 Jahre — mit kürzeren und längeren Unterbrechungen, die sich aus dem Saisoncharakter des Gewerbes in Berlin ergeben — in der Firma beschäftigt. Eine Zeitlang arbeitete er zu einem Wochenlohn von 34 Mk.; später arbeitete er in Akkord, wobei er durchschnittlich 33 Mk. in der Woche verdiente. Dann kam die Aussperrung. Nach deren Beendigung wurde betreffender Kollege in Gemeinschaft mit mehreren anderen nicht wieder eingestellt, weil Arbeitsmangel vorhanden war. Mitte August bekam er vom Oberlithographen die Mitteilung, daß er wieder eintreten könne. Er nahm die Arbeit wieder auf.

Die Verdienste, die der Kollege jetzt nach dem Kampfe erreichte, bleiben weit hinter dem Durchschnitt vor der Aussperrung zurück. So geht es auch sämtlichen anderen dort beschäftigten Kollegen; ganz gleich, ob sie Arbeitswillige, Nichtverbändler oder Verbandskollegen sind.

Der Kollege verdiente in der 1. Woche 31 Mk.; in der 2. Woche 29 Mk.; in der 3. Woche 28 Mk. inkl. 3 Mk. à Conto auf die folgende Woche; in der 4. Woche 29 Mk. inkl. 2 Mk. à Conto und in der 5. Woche 29 Mk. inkl. 6 Mk. à Conto. Das ist ohne Zweifel bedeutend weniger als vor der Aussperrung. In der Firma wird bis Freitag berechnet, an diesem Tage wird auch eingeschrieben. Sonnabends ist Lohnstag. Der Sonnabend geht schon auf die neue Woche. Am Sonnabend, den 7. September rief der Herr »Ober« am Schluß des betreffenden Kollegen zu sich und sagte ihm wörtlich: »Sie verdienen im Geschäft zu wenig; ich möchte auf Ihre Arbeitskraft verzichten«. Er gab ihm die Papiere. Der Kollege war entlassen. Er wurde entlassen, weil er auf Grund der schlechten Preise weniger als früher verdiente und weil er es abgelehnt hatte, zur künstlichen Steigerung seines Durchschnittsverdienstes eine »Hausplatte« zwischen zu schieben. Der Kollege war eine Gefahr für die Firma. Denn durch ihn hätte der Nachweis gebracht werden können, daß die Firma jetzt viel schlechtere Preise als früher zahlt. Alle andern Kollegen verstehen diesen Wink mit dem Zaunspähle: sie machen »Hausplatten« und erhöhen ihren Verdienst künstlich. Dadurch hat die Firma den Vorteil, aus ihrem Lohnbuch »einwandfrei« nachweisen zu können, daß bei ihr die Lithographen wöchentlich über 30 Mk. verdienen, daß also bei ihr die Preise nicht unzulänglich sind.

Der gekündigte Kollege hatte das Vergnügen, einen Tag umsonst gearbeitet, und die Firma den Vorteil, keinen Pfennig verloren zu haben.

A. C.



## Der Steindruck.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink- Aluminium- und Notendrucker.

### Konflikte.

Der Verfasser des gleichnamigen Artikels im allgemeinen Teil der Nr. 38 der »Gr. Pr.« hat recht treffend die verschiedenen Anlässe geschildert, aus denen immer und immer wieder Reibereien zwischen Geschäftsleitung und Personal entstehen und ent-

stehen müssen. Eine Eigentümlichkeit aber ist u. E. dabei nicht recht gewürdigt worden.

Jeder, der längere Zeit in einer Zahlstelle tätig war, wird die Beobachtung gemacht haben, daß es Anstalten gibt, wo die geschilderten Konflikte sehr häufig auftreten. Es drängt sich einem die Meinung auf, daß diese Anstalten ohne Konflikte gar nicht existieren können. Kaum ist mal Ruhe im Betriebe eingetreten, so folgt eine neue Anordnung oder Maßnahme und der Krakeel ist wieder da.

Nun liegt dies aber beileibe nicht an den Maßnahmen der Geschäftsleitung, sondern einzig und allein an den Kollegen, die entweder mit ihrem beschränkten Untertanenverständnis das Nützliche dieser Anordnungen nicht einsehen können, oder aus reinem Widerspruchsgeist rebellieren und schließlich gar von gewissenlosen Agitatoren aufgewiegelt und verhetzt sind.

Am meisten kommt dies zum Vorschein in solchen Anstalten, wo öfters Wechsel der Direktoren, Faktoren und »Ober« ist. Jeder »Neue« ist in erster Linie dazu bestellt, das, was seinem Vorgänger nicht so recht gelang, durchzuführen, d. i. die Rentabilität des Unternehmens so hoch wie möglich zu steigern. Um dies zu erreichen, werden alle möglichen Mittel versucht, Anordnungen getroffen, die mit den vorhandenen Materialien und Hilfsmitteln gar nicht durchzuführen sind. Aber was tut's? Man verlangt es ganz einfach. Das beliebteste Mittel, hauptsächlich der neuen Faktoren und »Ober«, die Arbeitsleistung zu steigern, ist eine kolossale Antreiberei. Es ist schon oft gesagt worden und muß immer wiederholt werden, daß heute in den meisten Fällen nicht so sehr darauf gesehen wird, ob sich die »Ober« auf Grund ihrer beruflichen Leistungen für solche Stellen eignen, sondern in erster Linie darauf, daß sie tüchtig antreiben können und — NV. sind.

Eine Firma, auf die vorstehendes zutrifft, ist die Firma Wezel & Naumann, A.-G. in Leipzig-R. Sie war früher eine der Firmen, die in jeder Beziehung mit an der Spitze unserer Industrie standen. Jeder Kollege, der damals von dieser Firma beschäftigt wurde, war gewissermaßen stolz darauf. Heute ist es nicht mehr so. Seit dem Streik von 1894 und seitdem die Firma Aktiengesellschaft ist, hat sich vieles geändert. Ein Direktor löste den andern ab, brachte Neuerungen und zwar meist Verschlechterungen für das Personal. Und getreu dem Grundsatz »Wie der Herr so's Geschehe« fühlte sich auch jeder neue »Ober« berufen, sein möglichstes dazu beizutragen, um die Konfliktstoffe zu häufen.

Wir wollen auf das, was zurückliegt, nicht eingehen, sondern nur die neueren Vorgänge einer Betrachtung unterziehen.

In der Firma besteht schon von altersher eine durch die Arbeitsordnung festgelegte Pause, mittags und abends von je 5 Minuten, zum Waschen und Ankleiden. Trotzdem die mit dem Schutzverband getroffenen Vereinbarungen bestimmen, daß dieser Zustand bestehen bleiben muß, wird in letzter Zeit die Garderobe entweder erst einige Sekunden vor oder gerade mit dem Klingelzeichen geöffnet. Vom Hilfspersonal an den Maschinen wurde verlangt, daß es sich erst nach beendeter Arbeitszeit wäscht und ankleidet. Denjenigen, die sich weigerten, wurden 50 Pfg. Strafe vom Lohn abgezogen. Ob diese Maßnahmen auf Herrn Direktor Müller zurückzuführen sind oder auf den neuen Faktor Lüscher, wissen wir nicht. Fest steht aber, daß Herr Direktor Krotoschin das Ungerechte dieser Bestrafung empfunden und auf Beschwerde der davon Betroffenen nicht nur die 50 Pfg. Strafe zurückerstattet, sondern den Bestrafften noch 10 Pfg. »Schmerzengeld«, wie er es nannte, gezahlt hat.

Man scheint aber noch anderes zu planen. Wie verlaute, soll eine neue Arbeitsordnung eingeführt werden. Daß diese nicht dazu dienen soll, das Arbeitsverhältnis zu bessern, ist nach den Erfahrungen, die wir mit neuen Arbeitsordnungen gemacht haben, ohne weiteres auch hier anzunehmen. Nun fehlt nur noch die Kontrolluhr; oder ist auch diese schon auf dem Wege? Ordnung muß sein und jedermann begrüßt sie, d. h. die Ordnung. Wenn sie sich nur auch auf die Arbeitsräume erstrecken würde! Läßt nach dieser Seite das Arbeitsverhältnis viel zu wünschen übrig, dann aber auch noch nach einer andern. Gewiß kann die Direktion nicht dafür verantwortlich gemacht werden, wenn die Beschäftigung nachläßt und deswegen Entlassungen erfolgen. Aber so wie hier dürfte es in keiner andern Firma gemacht werden. Schubweise werden Kollegen eingestellt und nach einiger Zeit, in der mit Hochdruck gearbeitet wird, schubweise wieder entlassen. Wenn man unter solchen Verhältnissen nur nicht noch Arbeitskräfte von auswärts heranziehen wollte! Am Freitag, den 20. September haben 10 Drucker gekündigt erhalten, darunter ein verheirateter Kollege von auswärts, den man erst vor drei Monaten unter großen Versprechungen veranlaßt, eine sichere Stelle aufzugeben. Daß man solche Gelegenheiten benutzt, um auch »mißliebige Elemente« los zu werden, ist uns nichts Neues.

Wir bringen diese Mitteilungen zu Nutz und Frommen derjenigen Kollegen, die in der Firma Wezel & Naumann A.-G. noch die alte Firma Wezel & Naumann von früher sehen. Sollen unsere Ausführungen aber die Direktion zum Nachdenken veranlassen, würde es uns freuen. F. Pf.

## Brief aus Thüringen.

Sehr lehrreich für alle Kollegen muß der Artikel „Löhne und Tagesleistungen der Maschinenmeister“ in Nr. 39 der „Graph. Presse“ sein, besonders aber für die Kollegen in den rückständigen Gegenden des allgemein rückständigen Thüringens, wo es trotz größter Anstrengungen nicht recht vorwärts gehen will, weil eben die Kollegen in manchen Orten zu gleichgültig sind. Gegenden nach dem Gebirge zu, wo die Armut zu Hause ist, haben die längste Arbeitszeit und die niedrigsten Löhne. Das beweist Schwarzburg-Sondershausen, welches die überhaupt niedrigsten Löhne im Deutschen Reiche hat. Daß in Bayern, und speziell in Nürnberg, (Abziehbilder) von 1903 zu 1908 keine Fortschritte im Verhältnis des Lohnes zur Arbeitsleistung zu verzeichnen waren, ist teilweise die Thüringer Konkurrenz mit schuld.

Nach vom Streik in der größten Thüringer Firma im Jahre 1906 her, haben wir es Schwarz auf Weiß, daß hier Nürnbergs größte Schmutzkonkurrenz war. Durch die geringeren Löhne und längere Arbeitszeit und fordere Lehrjünger wurde von der Thüringer graphischen Metropole aus der Nürnberger Abziehbilderfabrikation und auch der Herstellung mancher anderen Drucksachen die größte Schmutzkonkurrenz geboten. Durch die sehr niedrigen Arbeitslöhne — ausgelernete Steindruckerkollegen erhielten damals neun Mark für die volle Woche, „Oberdrucker“ 24 Mk. Wochenlohn — und durch die geringere Qualität der Farben, des Papiers usw. konnte das auch ein paar Jahrzehnte hindurch betrieben werden. Die „Fabrikanten“ laufen jetzt trotzdem als Rentiers herum und kümmern sich den Kuckuck oder Teufel um diejenigen, die ihnen soviel Mehrwert geschaffen haben, daß sie jetzt „Rentiers“ spielen können. In den Zeiten dieser „Kunststaltsbesitzer“ konnten sich die Nürnberger Herren von der Zunft wohl mit vollem Recht auf die Thüringer Schmutzkonkurrenz berufen. Ob wohl heute noch, ist eine Frage!

Unermüdet ist von der organisierten Kollegen-schaft an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gearbeitet worden und die schwersten persönlichen Opfer wurden gebracht. Ja, selbst auf die Gefahr hin, der Überhebung geziehen zu werden, sagen wir es frei heraus: Wäre in allen rückständigen Gegenden Thüringens so energisch und zielbewußt gearbeitet worden, so stände Thüringen nicht mehr an letzter Stelle!

Nun muß man die Thüringer Verhältnisse aber auch im allgemeinen in Betrachtung ziehen! Nämlich sind, fast in allen Berufen, so rückständige Löhne, wie in den Thüringer Kleinstaaten. Dann arbeiten unsere Kollegen in manchen Betrieben mit anderen Arbeiterkategorien zusammen, die noch viel rückständigere Löhne haben und unsere Kollegen — beneiden, statt sie auch zu organisieren und ihre Lebenslage zu verbessern. Der alte lateinische Spruch: *Halec assatum Thuringis est bene gratum, ex soto capite faciunt sibi fercula quinque* (Lieblich mundet den Thüringern stets ein gebrotenes Hering. Aus einem einzigen Kopf bereiten sie fünf der Gerichte) scheint besonders im Thüringerwaldgebirge, die grenzenlose Bescheidenheit der Thüringer auch heute noch kennzeichnen zu sollen. Denn die Kartoffel spielt in vielen Gegenden die größte Rolle auf dem Tische des Arbeiters. Hoffentlich werden sich auch noch alle Kollegen in den rückständigen Thüringer Gegenden organisieren, wie überhaupt alle Arbeiter, damit es auch bei uns einmal vorwärts geht und anders und besser wird.



## Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker, Kupferstecher und -Drucker.

## Unser Auskunftssystem.

Über das Thema *Erkundung und Auskunftserteilung* ist schon viel geschrieben und gesprochen worden; es scheint aber trotzdem für eine große Anzahl von Kollegen ewig ein Buch mit sieben Siegeln zu bleiben. Wer das Glück hat, einige Zeit Auskunftserteiler zu sein, weiß davon ein Lied zu singen und betrachtet mandmal melancholisch eine stattliche Kollektion von Anfragekarten, die alle den bestehenden Vorschriften nicht entsprechen. Oft sind ja recht humoristische Sachen dabei; oft muß man auch staunen über die große Portion Naivität, die viele Kollegen durch ihre Anfragekarten verraten. Abgesehen von einfachen Postkarten, die ohne jeden Verbandsstempel ins Haus geflogen kommen, als ob der Auskunftserteiler jeden Verbandskollegen persönlich kennen müßte, gibt es auch Karten mit entschuldigenden Erklärungen für das Fehlen des Stempels. So schrieb u. a. ein Kollege: „Das Gewerkschaftshaus ist wegen Malfeier geschlossen, sodaß keine Karte zu haben ist.“ Dabei ist die Karte am 2. Mal abgestempelt. Oder es heißt: hier ist in der ganzen Zahlstelle keine Anfragekarte aufzutreiben, womit natürlich der betreffende Ortsvorstand sehr gelobt wird. Da meistens nur Falschheit die wahre Ursache der fehlerhaften Anfragen ist, sollte auch mit Faulheit geantwortet werden, mit anderen

Worten: überhaupt nicht. Das ist jedoch meistens noch gefährlicher, weil derartige Anfrager erfahrungsgemäß fast immer niedrige Löhne verlangen. Die Entziehung der Reiseunterstützung trifft nur diejenigen, die von weither zugereist kommen und noch bezugsberechtigt sind.

Ein noch größeres Übel ist das zu späte Anfragen und ebenso das Vereinbaren von Gehalt, bevor die Antwort des Auskunftserteilers eingelaufen ist. Da haben wir schon Fälle gehabt, wo Kollegen das Engagement bereits abgeschlossen hatten und nachträglich wieder abschieden mit der Begründung, man dürfe unter einem Lohn von so und so viel Mark nicht anfangen, was natürlich unwahr ist, da dem Anfragenden stets Spielraum gelassen wird, sein Anfangsgehalt je nach der Leistungsfähigkeit festzusetzen. Auf der Antwortkarte wird nur immer der Lohn angegeben, mit welchem die Stelle zuletzt besetzt war. Das hat schon oft zu unangenehmen Reibungen mit den Prinzipalen Veranlassung gegeben, da diese meinen, es würde gegen ihr Geschäft intrigieren, und es kostet dann nicht wenig Mühe, dieses zu widerlegen, was alles nicht nötig wäre, wenn jeder Kollege nach Vorschrift handeln würde. Es verlangt doch jeder vollauf seine Rechte, warum nimmt er es mit den Pflichten nicht ebenso ernst?

Dann gibt es noch eine Serie von Kollegen, die da meinen: ich frage erst an, wenn ich sehe, daß es was wird. Und unter der Hand, während das Engagement zustande kommt, fliegt irgend ein Kollege, der sich vielleicht aus irgend einem nichtigen Grund mißliebig gemacht hat, auf das Pflaster, und kein Mensch ahnt, wie hier ein Verbandskollege den andern brüderlich um seine Stellung gebracht hat.

Diese Handlungsweisen hemmen unsre Bestrebungen mehr, als mancher Kollege denkt. Wie oft schon wurde uns von den Prinzipalen auf irgendwelche Beschwerden geantwortet: „Aber meine Herren, ich verstehe das gar nicht, es scheint bei uns doch wirklich noch nicht so schlecht zu sein, denn gerade in jüngster Zeit haben wir wieder eine ganze Reihe von Anfragen von Ihren Kollegen erhalten.“ Und triumphierend wird erzählt, daß sich unter diesen anfragenden Kollegen mancher befindet, der schon früher in der gleichen Firma tätig war. Man kann dann abziehen mit dem erhabenen Gefühl, daß Solidarität und Kollegialität sehr schöne Sachen sind, wenn sie nur nicht so rar wären.

Da die Tragweite und Bedeutung unseres Auskunftssystems noch lange nicht von jedem Kollegen ertastet wird, sollten alle Ortsvorsitzenden in jeder Versammlung von neuem darauf aufmerksam machen und auf die Gefahren hinweisen, die die Nichtbeachtung dieser Einrichtung für den Einzelnen und für die Gesamtheit zur Folge haben kann, auch wenn die Hinweise vielleicht von manchem Kollegen als übertrieben und langweilig betrachtet werden. Denn es ist für die Verwaltungsmitglieder noch viel langweiliger, Zeit und Geld zu opfern, ohne ein Resultat zu erzielen.

Zum Schlusse möge folgendes Vorkommnis als Warnung dienen: In einer Mannheimer Firma wurde einem Strichätzler gekündigt mit der Begründung, er leiste zu wenig. Der Kollege, der dies als ungerecht betrachtete, wandte sich an seinen Vorstand, der ebenfalls von der Überzeugung gelangte, daß hier von zu geringer Leistung nicht die Rede sein könne. Als nun der Vorstand beim Chef vorstellig wurde, stellte sich heraus, daß die Firma bereits einen anderen Kollegen engagiert hatte, mit dem sie schon längere Zeit in Verbindung stand, und dieser Kollege hatte auf telephonisches Engagement hin einfach seine seitherige Stellung gekündigt, ohne jede vorherige Anfrage. Diese kam erst nach seiner Kündigung und dem Engagementsabschluß, pro Forma, wie er selbst naiv genug sagte. Das war nun doch ein bisschen zu stark. Der Vorstand erreichte beim Chef, daß er sich bereit erklärte, die Kündigung zurückzuziehen unter der Bedingung, daß der andere Kollege erst am 15. Oktober — der Fall spielte sich Anfang August ab — eintreten würde. Nach einiger Überlegung versprach der Vorstand, dies zu veranlassen, weil er annahm, der Kollege würde die Konsequenzen seiner Fehler ziehen und keinen anderen Kollegen dafür büßen lassen, zumal dieser im Oktober zum Militär einrücken muß. In diesem Sinne wurde dem Kollegen auch geschrieben, jedoch ohne Erfolg, und entgegen unseren Warnungen trat er den Posten trotzdem an. Daraufhin stellten die hiesigen Chemigraphen in einer außerordentlichen Sektionsversammlung den Ausschlußantrag und ersuchten die kombinierte Mitgliederversammlung diesem Antrage zuzustimmen, was denn auch, nach einem erfolglosen Vermittlungsvorschlag in einer Vorstandssitzung, in der Generalversammlung am 7. September geschah. Dieser Fall möge allen Kollegen eine Warnung sein und gleichzeitig eine Lehre, um in Zukunft mit dem Anfragen etwas gewissenhafter zu sein.

## Aus den Sektionen.

**Berlin (Lichtdr.).** Im August fanden in allen Sparten unseres Berufes Branchenversammlungen statt, die sich im allgemeinen mit dem jetzigen Stand unseres Gewerbes, sowie mit dem Überstundenunflug beschäftigten. Im besonderen dis-

kutierten die Drucker über das Thema: „Qualität oder Quantität! Welches bedeutet Fortschritt?“ Letztere Frage behandelte der Vorsitzende in seinem Referate an Hand von Material aus letzter Zeit. Er zog daraus den Schluß, daß nicht zuletzt die ins Wahnsinnige gestiegene Quantitätsarbeit Schuld trägt an dem Niedergang unseres Gewerbes, da durch diese die Güte der Arbeit wesentlich nachgelassen hat. Wie von manchem Drucker die Tagesleistung — natürlich auf Kosten der Qualität — in die Höhe getrieben wurde, trotz des stetigen Rückganges der Löhne, wurde durch einige Beispiele illustriert, die allgemeine Entrüstung hervorriefen. Nach längerer Diskussion gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die heutige Branchenversammlung der Lichtdrucker Berlins stellt mit Bedauern fest, daß die an sich schon außerordentlich schlechte Lage des Berufes, durch die alles Maß übersteigende Antreiberei der Geschäftsleitungen dem Ruin entgegengetrieben wird; wie insbesondere eine Reihe schwerer Erkrankungen der Nerven usw. in letzter Zeit beweisen, ruinieren die Kollegen ihre Gesundheit und werden vorzeitig Invaliden. Durch diese hastende Arbeitsmethode werden die Qualitätsergebnisse derart heruntergebracht, daß der Lichtdruck für bessere Arbeiten, Kunstblätter usw., den Bestellern als nicht geeignet erscheint und diese ihre Aufträge in anderen Verfahren herstellen lassen. In Erkenntnis dessen verpflichten sich die Anwesenden, mit allen Mitteln diesem Treiben entgegenzuwirken, im Interesse einer Gesundung des Berufes erhöhtes Gewicht auf gute Arbeit zu legen und unberechtigte Forderungen in Bezug auf hohe Auflagen zurückzuweisen. Sie fordern die Kollegen im Reiche auf, sich diesen Bestrebungen anzuschließen.“ — Nachdem sich alle Branchenversammlungen mit der Überstundenarbeit befäßt hatten, die, entgegen den tariflichen Vereinbarungen, bei einigen Firmen derart zur Gewohnheit wurde, daß hier unbedingt Wandel geschafft werden muß, wurde in einer allgemeinen Mitgliederversammlung am 19. September nochmals zu dem Überstundenunwesen Stellung genommen, um einen Beschluß herbeizuführen, der die Überstundenfrage regeln soll. Ein Vorschlag der Verwaltung, der dahin geht, das Höchstmaß von Überstunden auf 80 im Jahr und 8 in der Woche festzusetzen, wurde nach eingehender Aussprache einstimmig angenommen. Sollte sich dieser Beschluß als praktisch erweisen, so sollen diese Zahlen im nächsten Jahr eventuell herabgemindert werden.

**Hamburg (Chemigr.).** Unsre Versammlung vom 12. September nahm mit Staunen Kenntnis von dem Zirkular des Bundes der Chemigraphischen Anstalten Deutschlands. Sie vertrat hierzu die Ansicht, daß wir uns die Richtung unseres Verbandsorgans von den Unternehmern nicht vorschreiben lassen. Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt der Leipziger Resolution in Nr. 34 der „Gr. Pr.“, die von jedem Kollegen unterstrichen werden kann. Von jedem moralisch empfindenden Kollegen sollten darum andere Stellenangebote als die in unserm Verbandsorgan erscheinenden nicht berücksichtigt werden. Nur so können wir die Herren Unternehmer veranlassen, auch in Zukunft die „Gr. Pr.“ für Stellenangebote zu benutzen.

**Mannheim (Chemigr.).** In unserer Versammlung vom 13. September wurde u. a. Stellung genommen zu der Inseratenfrage unserer Fachzeitungen und dem Beschluß des Bundes. Es entspann sich hierüber eine recht lebhaft diskutierte. Die Haltung des Bundes und der Aufruf wurde scharf verurteilt und alle Redner waren der Ansicht, daß etwas geschehen müsse. Jedoch wurde der Beschluß der Leipziger Chemigraphen einstimmig mißbilligt und als ungerecht verurteilt. Auch wurde energisch dagegen protestiert, daß eine einzige Zahlstelle das Recht haben soll, einen Entschluß zu fassen und durchzuführen, der alle Kollegen im ganzen Reiche betrifft. Die Leipziger Kollegen hatten eben nur das Recht, einen Antrag in dieser Richtung zur Diskussion zu stellen oder von unserer Zahlstelle eine derartige Maßnahme zu verlangen. Daß dieser Beschluß durchaus ungerecht ist, wurde damit begründet, daß die „Graph. Presse.“ leider nicht als maßgebender Arbeitsmarkt in Frage kommen kann, so lange nicht für möglichst gleichmäßiges Erscheinen in allen Zahlstellen gesorgt und außerdem das Verbot der Chiffre-Annoncen nicht aufgehoben wird. Es will doch nicht jeder Kollege, der sich verändern möchte, seine Absichten gleich an die große Glocke hängen. Auch wurde das Verbot der Chiffreanzeigen als eine durchaus ungesunde Hemmung unserer Aktionsfreiheit betrachtet, die manchen Kollegen zwingt, in seiner Stellung zu verbleiben, die er doch sonst leicht mit einer besser bezahlten vertauschen könnte. Solange eben nicht ein Arbeitsnachweis geschaffen wird, der dem des Klimsch'schen Anzeigers gleichkommt, werden alle Maßnahmen und Proteste wirkungslos bleiben. Weiter wurde die Idee ausgesprochen, ob es nicht möglich sei, ausgehend von allen graphischen Berufen und Arbeitsnachweisen einen Arbeitsmarkt ins Leben zu rufen, der allen bisherigen Streitigkeiten ein Ende bereiten würde. Denn nicht eher, als eine gerechte Abhilfe geschaffen ist, kann von einer Verbesserung die Rede sein. Und wenn dies erreicht ist, dann mögen die N. V. allein im Klimsch'schen Anzeiger ihre Kenntnisse zum Kauf anbieten.

## Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher Tapeten-, Linoleum-, Wachsdruck-, Zeug- und Seiden-Drucker. — Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 24.

### Die Formstechergehilfen zum neuen Tarif.

Die an den Verhandlungen zwischen den Vertretern der Prinzipale und der Gehilfen des Formstehereigewerbes beteiligten Gehilfenvertreter waren bemüht, die Gesamtheit der Kollegen so schnell als möglich über das Ergebnis der Verhandlungen, das bereits in Nr. 39 unseres Organs veröffentlicht wurde, auch durch persönliche Berichterstattung zu unterrichten. Zu diesem Zwecke fanden in allen für die Formstecher in Frage kommenden Mitgliedschaften Ende September und Anfang Oktober Versammlungen statt, die nach den eingehenden Berichten durchweg sehr stark, zu einem Teile sogar vollzählig, besucht waren. In vielen Versammlungen waren auch die Unorganisierten erschienen. Dieser Besuch ist ein Beweis für die rege Aufmerksamkeit mit der gerade die Entwicklung der Lohn- und Arbeitsbedingungen von der gesamten Kollegenschaft verfolgt wird.

An die Berichterstattung schloß sich in allen Versammlungen eine mehr oder minder lebhaft, meist aber durchaus sachliche Aussprache über die Verhandlungen und ihr Resultat. Abgesehen von wenigen Ausnahmen erfuhr die Arbeit der an den Verhandlungen beteiligten Gehilfenvertreter eine gerechte Würdigung, in vielen Fällen auch die wärmste Anerkennung. Dagegen wurde die Einsichtslosigkeit der Prinzipale, die aus ihrer Haltung gegenüber den Gehilfenforderungen gefolgert wurde, in fast allen Versammlungen scharf verurteilt. In einigen Orten wurde in der Diskussion betont, daß man es, um diese Einsichtslosigkeit zu besiegen, zu einem Kampfe hätten kommen lassen sollen; von anderer Seite wurde jedoch wieder bezweifelt, ob durch einen Streik schließlich hätte mehr erobert werden können als auf dem Wege der friedlichen Verständigung. Fast allgemein wurde betont, daß der Abschluß alles sei, was ohne Kampf zu erreichen gewesen wäre, und in vielen Fällen wurde offen die Befriedigung darüber ausgesprochen, daß ein guter Schritt vorwärts getan worden sei, ohne daß die Kollegen große Opfer zu bringen hätten.

In einer Reihe von Orten wurde bedauert, daß die Heimarbeit immer noch unregelmäßig geblieben ist. Andere Versammlungen bemängelten die Nichtregelung der Feriertagsbezahlung oder des Lehrlingswesens. Wieder andere brachten zum Ausdruck, daß man beim Überstundenzuschlag, in der Werkzeugfrage und besonders bezüglich der Lohnerhöhungen unbedingt ein größeres Entgegenkommen erwartet habe usw. Je nach den örtlichen Verhältnissen wurden also in einzelnen Versammlungen bestimmte Punkte besonders eingehend behandelt und den Wünschen der Kollegen Geltung verschafft. Das hinderte aber nicht, daß dem Abschluß in seiner Gesamtheit von der Mehrheit der Kollegen zugestimmt wurde.

Allgemein wurde betont, daß alles getan werden müsse, um zur gegebenen Zeit auf der durch die neuen Vereinbarungen geschaffenen Grundlage mit allem Nachdruck und aller Energie weiterzubauen. Inzwischen müsse jedoch mit aller Entschiedenheit daran gegangen werden, dem neuen Tarif nicht nur bei den organisierten, sondern auch bei den unorganisierten Formstehereibesitzern und in den Tapetenfabriken Geltung zu verschaffen, in letzteren besonders bezüglich der Arbeitszeit. Zu diesem Zwecke gelobten die Kollegen ununterbrochen für die weitere Stärkung der Organisation durch rege Werbe- und Aufklärungsarbeit wirken zu wollen.

Im übrigen lassen wir die Berichte, die wir allerdings der Raumverhältnisse wegen meist kürzen mußten, selber sprechen.

### Aus den Sektionen.

**Altona-Oitensen.** In einer vollzählig besuchten Extraversammlung berichtete Kollege Wackermann über die Wiesbadener Verhandlungen. Wenn es auch begrüßt werden kann, daß eine Einigung ohne Kampf zustande kam, so muß doch ohne Bedenken zugegeben werden, daß das Erreichte doch etwas sehr dürftig ausgefallen ist. Wir erwarten, daß die minimalen Zugeständnisse ohne weiteres auch von den nichtorganisierten Unternehmern anerkannt werden und bedauern, daß die Heimarbeit und die sanitären Verhältnisse noch nicht tariflich geregelt wurden.

**Berlin.** Am 28. September berichtete Kollege Gustav Weiner über die Verhandlung in Wiesbaden. In der Diskussion kam die große Enttäuschung der Kollegen mit dem Resultat zum Ausdruck. Einige Kollegen betonten, daß wir es zur Durchführung unserer minimalen Forderung auf einen Kampf hätten ankommen lassen sollen, da sie mit einigem guten Willen der Unternehmer anerkannt werden konnten. Das kam auch in einer mit starker Mehrheit angenommenen Resolution zum Ausdruck, in der ferner noch der Verbandsleitung das größte Zutrauen ausgesprochen und das Versprechen bekräftigt wurde, durch treues Festhalten am Verbandsstandes stets für eine weitere Verbesserung der Lage zu wirken.

**Beuel.** Unsere Versammlung vom 30. September nahm den Bericht des Kollegen Bauknecht über den neuen Tarifabschluß entgegen, der verhältnismäßig günstig aufgenommen und beurteilt wurde. Bedauert wurde hauptsächlich, daß die Wochenlohnfrage und das Lehrlingswesen noch nicht geregelt worden sind.

**Bramsche.** In unserer Zahlstelle schilderte Kollege Ulrich das Wiesbadener Verhandlungsergebnis. Die vollzählig besuchte Versammlung war keineswegs befriedigt von dem neuen Tarif. Sie erklärte sich jedoch mit dem Abschluß einverstanden, auf dem durch die Stärkung der Organisation später tatkräftig weiter gebaut werden soll. Drei Kollegen traten dem Verbandsstandes bei, so daß jetzt alle Formstecher am Orte organisiert sind.

**Braunschweig.** Hier hatte der Verband in letzter Zeit eine Reihe von Neuaufnahmen zu verzeichnen. In der Versammlung waren die Kollegen sehr zahlreich erschienen. Den Bericht über die Tarifverhandlungen erstattete Kollege Sillier. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, obwohl ihr das von den Formstehereibesitzern gezeigte Entgegenkommen keineswegs genügt. Die Organisation soll weiter gestärkt werden, um durch intensives Handeln und starken Nachdruck beim nächsten mal mehr erreichen zu können.

**Cöln a. Rh.** In unserer stark besuchten Versammlung vom 26. September berichtete Kollege Effenberger über die Wiesbadener Verhandlungen und ihr Ergebnis. Durch eine Resolution wurde nach einer eingehenden Diskussion erklärt, daß die Versammlung ihre besondere Befriedigung über den Abschluß nicht aussprechen könne. Sie verspreche aber, in Zukunft um so mehr mit allen Kräften zur Stärkung unserer Organisation beizutragen, der bekanntlich gerade in Cöln noch eine Anzahl Formstecher fernstehen, um spätere Abschlüsse günstiger zu gestalten.

**Crefeld.** Der Bericht des Kollegen Bauknecht über den Tarifabschluß wurde von unsrer am 29. September abgehaltenen Versammlung mit einer gewissen Enttäuschung aufgenommen. Mindestens hatten wir die Einführung der Wochenlöhne erwartet; ferner wurde bedauert, daß die Arbeitszeitverkürzung und die Feriertagsbezahlung glatt unter den Tisch gefallen und die Heimarbeitsfrage unregelmäßig blieb. Die Mindestlohnerhöhung wurde begrüßt. Schließlich erklärte man sich mit dem Gesamtergebnis einverstanden mit dem Vorsatz, an der weiteren Stärkung des Verbandes zu arbeiten, um später noch mehr zu erreichen.

**Dessau.** Unsere Versammlung, in der die Unorganisierten durch Abwesenheit glänzten, erkannte nach dem Bericht des Kollegen Schmidt rückhaltlos an, daß der Abschluß einen kleinen Schritt vorwärts bedeutet. Auch in der Werkzeugfrage wußte man die geringe Entschädigung als prinzipielle Anerkennung unserer Forderung zu würdigen. Die Abmachungen wurden als Grundlage für den weiteren Ausbau unsrer Lohn- und Arbeitsbedingungen gebilligt.

**Eilenburg.** Die Versammlung, an der auch einige Nichtverbändler teilnahmen, war unter Berücksichtigung aller Umstände, die den Abschluß beeinflussen, mit dem von Kollegen Schmidt geschilderten Verhandlungsergebnis zufrieden. Nur wurde die Regelung der Überstundenzuschlag scharf kritisiert, von der eine weitere Erhöhung des Überstundenzuschlages befürchtet wird. Auch wurde bedauert, daß die Lehrlingsfrage unregelmäßig blieb.

**Einbeck.** Unsere Versammlung, in der Kollege Sillier über die Wiesbadener Verhandlungen berichtete, war von sämtlichen Formstehern besucht. Allgemein wurde bedauert, daß die Unternehmer ein derartiges geringes Entgegenkommen gezeigt haben. Die Kollegen erklärten sich jedoch mit den abgeschlossenen Bedingungen einverstanden und versprachen, für später mit allem Nachdruck am weiteren Ausbau arbeiten zu wollen.

**Eiberfeld.** Die am 1. Oktober abgehaltene Versammlung, in der Kollege Bauknecht über den neuen Tarif referierte, hatte an dem Abschluß nur wenig auszusetzen. Man hatte zwar erwartet, daß etwas mehr herausspringen würde, aber man fand sich mit den abgeschlossenen neuen Vereinbarungen ab.

**Greiz.** Hier wurde im Anschluß an den von Kollegen Schmidt erstatteten Bericht über den Wiesbadener Abschluß hauptsächlich das geringe Entgegenkommen der Unternehmer in der Werkzeugfrage kritisiert. Im übrigen war man mit dem neuen Tarif zufrieden.

**Griesheim.** In unserer Versammlung vom 24. September, die von 14 Kollegen besucht war, referierte Kollege G. Weiner. Die Kollegen waren der Ansicht, daß das Erreichte wohl gering, aber in Anbetracht der Verhältnisse und des Umstandes, daß es ohne Streik erreicht wurde, ein guter Erfolg für uns sei. Da gerade in Griesheim die Lehrlingszucht in hoher Blüte steht, wurde bedauert, daß in der Lehrlingsfrage nichts Bestimmtes festgelegt wurde.

**Hannover.** Unsere Versammlung, in der Kollege Sillier referierte, war vollzählig besucht. Die Kollegen waren durch die Abmachungen in keiner Weise befriedigt, erklärten sich aber in einer längeren Diskussion mit dem abgeschlossenen Tarife einverstanden. Erwartet wurde, daß besonders in der Arbeitszeitfrage auch an die Tapetenfabriken herangegangen wird. Auch die Erledigung der Feriertagsfrage wurde als eine Notwendigkeit bezeichnet.

**Harburg.** Den Bericht von den Wiesbadener Verhandlungen erstattete in unsrer Versammlung, in der nur ein Kollege fehlte, Kollege Wackermann. Er wurde im ganzen gut aufgenommen. Nur daß bezüglich der Heimarbeit nicht das Geringste erreicht wurde, bedauerte man sehr, ebenso die ungenügende Regelung der Überstundenzuschläge. Bei der Abstimmung wurden die Vereinbarungen mit allen gegen 3 Stimmen gebilligt.

**Hildesheim.** In unsrer Versammlung waren alle im Formstehereigewerbe beschäftigten Personen vollzählig erschienen, um den Bericht des Kollegen Sillier anzuhören. Die Kollegen erklärten sich nach eingehender Diskussion wohl mit den abgeschlossenen Bedingungen einverstanden, betonten aber, daß das durch die Unternehmer Zugebilligte keinesfalls befriedigen könne. Mit allem Nachdruck solle darauf hingewirkt werden, daß beim nächsten mal ein größeres Entgegenkommen erzielt wird.

**Itzehoe.** Die hiesige Versammlung war von allen Kollegen bis auf einen besucht. Den Bericht gab Kollege Wackermann. Die Kollegen hatten an den neuen Vereinbarungen nur wenig auszusetzen, abgesehen von der Nichtregelung der Heimarbeit. Betont wurde, daß dieser Krebsbissen unbedingt bei der nächsten Gelegenheit ausgemerzt werden müsse.

**Kesselstadt.** Unsere am 25. September abgehaltene von 10 Kollegen besuchte Versammlung nahm das Referat des Kollegen G. Weiner über die Wiesbadener Verhandlungen entgegen. In der Debatte wurde bedauert, daß im Hinblick auf die teuren Verhältnisse und die am Ort sehr niedrigen Löhne keine höheren Lohnaufbesserungen erreicht wurden. Aber die Versammlung erkannte an, daß die verhandelnden Kollegen ohne Streik nicht mehr erreichen konnten. Von den nächsten Verhandlungen erwartet man einen besseren Abschluß, auch wenn er erst erkämpft werden müßte.

**Leipzig.** Hier war man nach Lage der Verhältnisse mit dem Ergebnis der Wiesbadener Verhandlungen, über die Kollege Schmidt referierte, zufrieden, wenn auch in der Diskussion durchklang, daß mehr erwartet worden ist. Besonders hätte die Lehrlingsfrage geregelt und jede Überstundenleistung ohne Zuschlag gänzlich ausgeschaltet werden müssen. Aber man bezweifelte andererseits auch, ob durch einen Streik mehr zu erreichen gewesen wäre.

**Lüneburg.** Die vollzählig besuchte Versammlung war mit dem Bericht des Kollegen Wackermann und mit dem Wiesbadener Abschluß einverstanden. Nur wegen der Nichtregelung der Heimarbeit ging man mit unserer Verhandlungskommission ins Gericht, deren Tätigkeit man in jeder andern Beziehung voll anerkannte.

**Osnabrück.** Unsere Versammlung war von allen Kollegen besucht. Den Bericht über die Wiesbadener Verhandlungen erstattete Kollege Ulrich. Die Kollegen erklärten sich mit dem abgeschlossenen Tarif einverstanden, obwohl die Zugeständnisse der Unternehmer in keiner Weise als genügend angesehen wurden. Betont wurde, daß das Erreichte in allen Formstehereien und Tapetenfabriken auch strikt durchgeführt werden müsse.

**Radebeul.** Die am 29. September abgehaltene Versammlung der Kollegen aus Dresden, Radebeul und Coswig war gut besucht. Die Berichterstattung hatte Kollege Schubart übernommen. Der Abschluß wurde in der sachlichen Diskussion im allgemeinen als gut anerkannt, doch fehlte es natürlich nicht an Kollegen, die mehr erwartet hätten. Besonders wurde der die Bestimmung über den Minimallohn einschränkende Passus kritisiert, da er bei der bekannten Kleingekrämererei der Prinzipale nur zu Differenzen veranlassen könne.

**Wurzen.** In der hiesigen Versammlung referierte Kollege Schmidt über den neuen Tarifabschluß. Dieser löste keine Unzufriedenheit aus und selbst die in der Versammlung anwesenden Nichtverbändler erkannten das Fortschreiten in der Entwicklung unsrer Berufsverhältnisse an. Hoffentlich schwingen sie sich bald dazu auf, auch die Konsequenz aus dieser Erkenntnis zu ziehen, d. h. sich der Organisation anzuschließen, der allein dieses Fortschreiten zu verdanken ist.

# Feuilleton.

## Vom Büchertisch.

**In Freien Stunden.** Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. Jahrgang 1912, Nr. 35 bis 37. Preis pro Heft 10 Pf.

**Imperialismus oder Sozialismus?** (Sozialdemokratische Flugschriften, XII.) Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68. 16 Seiten 8°. Preis 10 Pf.

Diese zeitgemäße Broschüre, die auf Veranlassung des sozialdemokratischen Parteivorstandes herausgegeben wurde, enthält folgende Abschnitte: 1. Wirtschaftliche und soziale Umgestaltungen 2. Die Wirtschaftspolitik des Imperialismus. 3. Der kapitalistische Ausdehnungsdrang. 4. Das imperialistische Ideal. 5. Imperialistische Gewaltpolitik. 6. England und Deutschland 7. Der Imperialismus und die

innere Politik. 8. Steigender Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. 9. Der Kampf gegen die Kriegsgefahr. 10. Der Kampf um die Macht. Wir wünschen der Broschüre, die in knappster und klarer Form über eine der wichtigsten politischen Fragen Aufklärung gibt, eine Massenverbreitung.

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.** Protokoll über die Verhandlungen des 11. ordentlichen Verbandstages zu Dresden, abgehalten vom 4. bis zum 10. August 1912. Verlag von August Brey, Hannover. 224 Seiten 8°. Preis 15 Pf.

Das Buch enthält eine fast wörtliche Wiedergabe der Verbandstags-Verhandlungen, über die wir in Nr. 35 der »Gr. Pr.« kurz berichtet haben. Dem Protokoll ist das nach den Beschlüssen des Dresdener Verbandstages revidierte Statut des Fabrikarbeiterverbandes beigelegt.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.** Protokoll des 8. Verbandstages, abgehalten vom 9. bis 14. Juni 1912 im Etablissement »Deutscher Kaiser« zu Breslau. Verlagsanstalt »Courier« Berlin, Engelfufer 21. 232 Seiten 8°.

Über den Verbandstag der Transportarbeiter hat die »Gr. Pr.« in ihrer Nr. 16 kurz berichtet. Das Protokoll gewährt einen erschöpfenden Einblick in die Verhandlungen. Im Anhang bringt das Buch auch das Protokoll der am 12. Juni abgehaltenen Generalversammlung der »Fakultativen Unterstützungseinrichtungen« des Verbandes.

**Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung.** Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun. Zweiter Band; erstes und zweites Heft. Verlag von Julius Springer, Berlin.

Von dieser vorzüglich geleiteten inhaltsreichen und gediegenen Zeitschrift liegt jetzt das erste Doppelheft des zweiten Bandes vor, das sich dem im ersten Bande Gebotenen vollwertig anschließt. Die Annalen erscheinen in Heften, von denen immer sechs einen Band bilden. Der Preis des Einzelheftes beträgt 3,50 Mk., des ganzen Bandes 18 Mk. Der Zeitschrift ist eine rege Verbreitung zu wünschen.

ph.

## Zur Hälfte des sonstigen Preises!

**Prima Tangierfilms und Apparate verschied. Systeme**  
Einzig edlt. Von wunderbarer Schärfe. Verlangen Sie Muster.  
**FRANZ TROMMER, LEIPZIG, GRETSCHELSTRASSE 11**

## Stellenangebote

jüngerer  
**Schriftlithograph**

speziell für saubere Gravurschriften gesucht. Selbstgefertigte Muster und Gehaltsansprüche an **Fr. Richardt, Berlin-Schöneberg, Erdmannstr. 1.**

**Tüchtiger floiter Maschn.-Retuscheur**

findet sof. dauernde angenehme Stell. **Kunstanstalt Graphia, Mannheim.**

Ein tüchtiger, mit allen Verfahren vertrauter **Kopierer** gesucht.

**Köhler & Lippmann, Braunschweig.** [150]

**Einen tüchtigen Farben-Ätzer**

sucht **Eberhard Schreiber, Leipzig, Täubchenweg 26**

**Auto-Ätzer**

tüchtiger, 1. Kraft, spez. für Maschinen, sofort gesucht. [180]

**Köhler & Lippmann, Graph. Kunstanstalt, Braunschweig.**

**Tüchtigen Andrucker**

für Drei- und Vierfarben-Ätzungen suchen [180]

**Adolf Klauf & Co., Leipzig, Kreuzstraße 5.**

**Tücht. Strich-Ätzer**

ges. Zeugnisabschr. u. Gehaltsanspr. erb. **Albert Wolf, Mannheim.** [150]

**3 Messing- u. 2 Holzstecher**

tüchtige Kräfte, sofort gesucht. **P. Luhmer, Barmen, Allee 196.**

**1 Meister**

für eine größere Formstecherei, **1 Aufzeichner,**

sowie mehrere tüchtige **Messingstecher**

werden durch den Arbeitsnachweis gesucht. **C. Schubart,**

**Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 24**

## Verschiedenes

**DRESDEN!**

Sonntags vormittags 9-12 Uhr: Unterricht im Aktzeichnen und Malen. Stylisieren. Komponieren

**A. Walther, Kunstmaler,**

Walpurgisstr. 2, III - Prospekt frei!

**Kl. Buchdruckerei-Einrichtungen**

(fachmännisch sortiert)

**ALEXANDER GRUBE, LEIPZIG, Talstraße**

## „Faltentod“

**Endlich ist er da der Faltentöter! (Pat. Drawe.)**

Einzig wirksame Vorrichtung zur Verhinderung der Faltenbildung und des Dehnens der hinteren Ecken beim Bedrucken der Bogen.

In kurzer Zeit bereits glänzend bewährt! Patente in allen Kulturstaaten.

**Krieger & Co., Bielefeld.**

**Roulett., Fadenstichel**

**Fräser u.s.w.** in bester Ausführung fert. an **Carl Neumann, vormals G. König, Berlin SO., Manteuffelstr. 31.**

Das echte Tangierfell in tadelloser Schärfe liefert **Leipziger Tangier-Manier, Alexander Grube, Leipzig, Talstr. 40.**

Als erstes Spezialgeschäft fabriziert und liefert durch alle Fachgeschäfte in In- und Auslande **Wischwalzen - Schläuche, ohne Naht**

für Steindrucksdrukschnellpressen **Edmund Behnisch, Luckenwalde (Deutschland).**

Vertreter an allen größeren Plätzen — Ia-Zeugnisse. —

## Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein- druck, Photomechanische Verfahren. Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt frei. Kunstgewerbeschule

**Barmen**

Ein modernes Schriftenwerk für die Schreibkunst 2,20

Kunstschreibverlag Lautenbach

Berlin-Mariendorf

## Fachliteratur.

**Der praktische Umdrucker.**

Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf

**Der Aluminiumdruck (Algraphie).**

Von K. Weilandt. Preis inkl. Porto 85 Pf.

Zu beziehen durch: **Conrad Müller, Scheuditz.**

## Wollen Sie Ihr Inserat

pünktlich erscheinen lassen, so senden Sie es direkt an die Expedition.

## Verbandsnachrichten

Den Kollegen

**Karl Kruse,**

Retuscheur aus Hamburg, bittet zwecks wichtiger Mitteilung um Angabe seiner Adresse **M. Drechsler, Frankfurt a. M., Dorfelderstr. 11**

## Totenliste.

† Am 9. Juni in **Neu-Isenburg Peter Mühlischwein**, Steindrucker aus Neu-Isenburg, 54 Jahre alt, an Rückenmarksschwindsucht, krank 52 Wochen. — Eingetreten in Frankfurt a. M. am 1. Januar 1893.

† Am 1. Juli in **Berlin August Garras**, Steindrucker aus Halle a. S., 66 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden durch Erhängen, Invalide seit 30. Dezember 1906. — Eingetreten in Magdeburg am 21. Juli 1895.

† Am 29. August in **Nürnberg Georg Stauffer**, Steindrucker aus Nürnberg, 32 Jahre alt, an Gehirnverweichung und -Verdickung, krank 52 Wochen. — Eingetreten in Nürnberg am 7. April 1897.

† Am 29. August in **Fürth i. B. Leonhard Oppel**, Steindrucker aus Fürth i. B., 20 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 26 Wochen. — Eingetreten in Fürth i. B. am 4. Juli 1909. (Vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 22. März 1908)

† Am 29. August in **Stettin Emil Hinderlich**, Lithograph aus Stettin, 40 Jahre alt, an Lungenschwindsucht, Invalide seit 24. Januar 1909 — Eingetreten in Stettin am 1. Januar 1896.

† Am 30. August in **Nürnberg Wilhelm Weise**, Lithograph aus Rauscha Kr. Görlitz, 55 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 13 Wochen 5 Tage. — Eingetreten in Nürnberg am 20. Mai 1906.

† Am 8. September in **Leipzig Arthur Heinrich**, Chemigraph aus Leipzig, 26 Jahre alt, an Gehirnentzündung, krank 3 Wochen 4 Tage. — Eingetreten in Leipzig am 7. April 1904.

† Am 11. September in **Hamburg Karl Kranz**, Steindrucker aus Lübeck, 67 Jahre alt, an chronischer Lungenentzündung, krank 13 Wochen 3 Tage. — Eingetreten in Wandsbeck am 1. Januar 1893.

† Am 17. September in **Berlin Johannes Schuhr**, Steindrucker aus Straußberg i. d. Mark, 50 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden durch Erhängen. — Eingetreten in Berlin am 29. Juni 1899.

† Am 17. September in **Chemnitz Karl Türk**, Lithograph aus Chemnitz, 19 Jahre alt, an Lungenschwindsucht, krank 44 Wochen 2 Tage. — Eingetreten in Chemnitz am 16. April 1911. (Vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 10. Januar 1909.)

† Am 18. September in **Nürnberg Hans Gsundbrunn**, Steindrucker aus Nürnberg, 27 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 52 Wochen. — Eingetreten in Nürnberg am 27. Juli 1902.

† Am 30. September in **Leipzig Gustav Burckhardt**, Lithograph aus Dobrilugk, N.-L., 40 Jahre alt, an Herzschlag. — Eingetreten in Leipzig am 22. März 1908.

† Am 30. September in **Nürnberg Karl Müller**, Lithograph aus Nürnberg, 24 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 46 Wochen. — Eingetreten in Nürnberg am 29. März 1908.

**Ehre ihrem Andenken!**

**Der Hauptvorstand.**

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sierbe-Urkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien (Rufvornamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen.

Der Hauptvorstand.